

# DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 39-40/91

Berlin

26. September 1991

58. Jahrgang

1. Ex.

## Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland

### DRITTER BERICHT

Deutsches Institut für  
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für Weltwirtschaft  
an der Universität Kiel

*Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, und das Institut für Weltwirtschaft, Kiel, arbeiten gemeinsam an einem Forschungsauftrag mit dem Titel „Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland“. Dabei soll im Rahmen der vereinbarten laufenden Berichterstattung dem Bundesminister für Wirtschaft in etwa vierteljährlicher Folge berichtet werden. Die Institute legen hiermit ihren dritten Bericht vor<sup>1</sup>.*

*Wegen der schlechten Datenlage bereitet das Forschungsprojekt weiterhin große Schwierigkeiten. Das statistische Berichtssystem in Ostdeutschland befindet sich noch in der Umstellungsphase. Die Institute müssen deshalb versuchen, die Lücken auf unkonventionelle Weise zu schließen. Das geschieht vor allem durch mündliche und schriftliche Befragungen von ost- und westdeutschen Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, staatlichen Stellen und gesellschaftlichen Organisationen sowie durch Auswertung der Fach- und Tagespresse.*

*Der Bericht konzentriert sich auf eine Situationsanalyse der ostdeutschen Wirtschaft in folgenden Bereichen: Industrie, Baugewerbe, Dienstleistungsunternehmen und öffentliche Verwaltung. Darüber hinaus werden einige Spezialthemen behandelt, die an dieser Stelle nicht wiedergegeben werden: Situation der ausgegliederten Forschungsunternehmen; Existenzgründungen im Dienstleistungssektor, Engagement westdeutscher Unternehmen im Einzelhandel der neuen Bundesländer; Situation der Konsumgenossenschaften in den neuen Bundesländern. Der vollständige Bericht erscheint in den Kieler Diskussionsbeiträgen. Über die Lage der ostdeutschen Landwirtschaft ist vor kurzem in einer Schwerpunktstudie ausführlich berichtet worden<sup>2</sup>.*

*Die Institute legen, wie schon in den ersten beiden Berichten, Ergebnisse einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Ostdeutschland vor. Obwohl sich das Rechenwerk inzwischen auf erste Angaben des Statistischen Bundesamtes für das zweite Halbjahr 1990 stützen kann, ist seine Datenbasis noch recht schmal. Die in Tabelle 1 ausgewiesenen Zahlen sind deshalb als Größenordnungen zu verstehen.*

*Bei der Arbeit an dem Bericht haben das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, und das Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel, mit anderen Instituten zusammen gearbeitet, die in das Forschungsprojekt eingebunden sind. Es sind dies: Die Bauakademie Berlin, die Forschungsstelle für den Handel (FfH), Berlin, das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW), Berlin, und das Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI), Karlsruhe.*

<sup>1</sup> Die ersten beiden Berichte wurden vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, in den Wochenberichten 12/91 und 24/91, Berlin 1991, und vom Institut für Weltwirtschaft, Kiel, in den Kieler Diskussionsbeiträgen 168 und 169 veröffentlicht.

<sup>2</sup> Schrader, Jörg-Volker (unter Mitarbeit von Peter Hinrichs, Folkhard Isermeyer, Wolfgang König), Anpassungsprozesse in der ostdeutschen Landwirtschaft. Analyse und Bewertung, Kieler Diskussionsbeiträge 171/172, September 1991.

### Gesamtwirtschaftliche Lage

Vor über einem Jahr wurde in Deutschland ein einheitlicher Wirtschafts- und Währungsraum geschaffen. Das hat zu tiefgreifenden Umwälzungen geführt. Die ostdeutsche Wirtschaft erlebte einen dramatischen Niedergang, während die westdeutsche Wirtschaft und auch die Weltwirtschaft erhebliche Wachstumsimpulse erhielten. Entscheidend ist nun, wie schnell sich in Ostdeutschland eine wettbewerbsfähige Wirtschaft entwickeln kann.

Nach wie vor bewegen sich die meisten ostdeutschen Unternehmen in einem schwierigen Umfeld. Heimische Absatzmärkte sind weggebrochen, die osteuropäischen Exportmärkte in einer äußerst labilen Verfassung und neue Märkte noch nicht aufgebaut. Zudem sind die Unternehmen mit einem kräftigen Anstieg der Lohnkosten konfrontiert; das erschwert es ihnen, preislich wettbewerbsfähig zu werden.

Es mehren sich jedoch die Anzeichen, daß die rasante Tafahrt der ostdeutschen Wirtschaft zu Ende gegangen ist. Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist nach einer ersten

Schätzung im zweiten Quartal 1991 nicht mehr geschrumpft (Tabelle 1). Weitere Produktionseinschränkungen in einigen Bereichen und Produktionsausweitungen in anderen Bereichen hielten sich erstmals die Waage, freilich auf sehr niedrigem Niveau. Jüngste Konjunkturumfragen zeigen, daß die Mehrzahl der ostdeutschen Unternehmen mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage rechnet.

Im produzierenden Gewerbe nahm die Produktion erstmals leicht zu: Während sie sich im verarbeitenden Gewerbe auf dem Niveau des Vorquartals hielt, verzeichnete die Bauwirtschaft bereits ein Plus. Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes gingen vor allem vom Handwerk positive Impulse aus. Im industriellen Bereich erstreckte sich die Erholung bisher auf wenige Konsum- und baunahe Bereiche. Uneinheitlich war die Entwicklung auch im tertiären Sektor. Dort hat sich nur in wenigen Bereichen die wirtschaftliche Tätigkeit belebt, so z.B. bei den Kreditinstituten und Versicherungen, aber auch in Teilen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes.

Tabelle 1

Bruttowertschöpfung<sup>1)</sup> der Wirtschaftsbereiche in Ostdeutschland zu Preisen vom 2. Halbjahr 1990

Wirtschaftsbereiche	1990				1991		1991	
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
	Mrd. DM				Mrd. DM		in vH gegenüber dem Vorjahr	
Land- u. Forstwirtschaft	1,7	1,2	2,8	1,0	1,1	1,3	-34,7	4,8
Produzierendes Gewerbe	44,1	42,9	24,7	22,8	19,8	20,9	-55,1	-51,2
Bergbau u. verarbeitendes Gewerbe	40,0	37,4	19,9	17,2	16,0	16,0	-60,0	-57,3
Industrie	35,7	32,0	14,9	12,9	11,5	10,6	-67,8	-67,0
Handwerk	4,3	5,4	5,0	4,4	4,5	5,4	5,2	0,0
Baugewerbe	4,2	5,4	4,8	5,6	3,8	4,9	-8,4	-9,2
Bauhauptgewerbe	3,0	4,1	3,6	4,1	2,5	3,2	-15,9	-20,6
Ausbaugewerbe	1,2	1,4	1,2	1,5	1,3	1,7	11,3	25,0
Handel u. Verkehr	8,8	9,3	7,5	8,5	7,1	7,2	-20,0	-23,0
Handel	3,4	4,2	3,1	3,8	2,7	2,8	-23,0	-33,3
Verkehr	5,4	5,1	4,4	4,7	4,4	4,3	-18,1	-14,4
Dienstleistungen u. Staat	18,0	18,6	20,3	19,5	18,7	18,5	3,7	-0,7
Dienstleistungen	7,0	7,5	9,2	9,2	9,0	9,1	29,0	22,0
Staat u. private Organisationen ohne Erwerbszweck	11,1	11,1	11,1	10,3	9,7	9,4	-12,2	-15,9
Staat (einschl. ABM)	9,8	9,9	9,9	9,2	8,6	8,3	-12,4	-16,6
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	1,3	1,2	1,2	1,1	1,1	1,1	-10,3	-10,5
+/- Bereinigungen	-2,2	-2,8	-1,4	-1,2	-1,2	-1,1		
Bruttoinlandsprodukt <sup>1)</sup>	70,4	69,2	54,0	50,5	45,5	46,7	-35,4	-32,4

<sup>1)</sup> Nicht saisonbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, DIW.

Tabelle 2

Indikatoren zum ostdeutschen Arbeitsmarkt 1990 und 1991<sup>1)</sup>  
in 1000

	1990				1991	
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Erwerbstätige <sup>2)</sup>	9 560	9 125	8 661	8 037	7 547	7 164
Arbeitnehmer	9 353	8 836	8 299	7 619	7 092	6 654
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	207	289	362	418	455	510
Nachrichtlich:						
Pendler (Saldo)	22	33	98	157	300	335
Arbeitslose						
Bestand	.	142	445	642	808	843
Zugänge	.	.	346	311	358	270
Abgänge	.	.	43	114	192	236
Kurzarbeiter	.	1 644	1 757	.	1 926	1 965
darunter:						
mit mehr als 75 vH Arbeitsausfall (in vH)	.	.	14,9	.	23,7	27,1
Personen im Wartestand	0	0	180	220	250	250
Personen in ABM-Maßnahmen	.	.	4	20	63	148
Arbeitsvermittlungen	.	.	27	53	82	151

1) Vierteljahresdurchschnitte, nicht saisonbereinigt. — 2) Im Inland (Arbeitsortkonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, DIW.

Auf dem Arbeitsmarkt hält die Talfahrt an. Nur der massive Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen hat bisher eine dramatische Zunahme der Arbeitslosigkeit verhindert: Ende August waren 1,06 Mill. Personen arbeitslos, und 1,45 Mill. Beschäftigte arbeiteten verkürzt. Gegenüber Mai/Juni hat sich die Zahl der Arbeitslosen zwar um über 200 000 erhöht, gleichzeitig ist aber die Zahl der Kurzarbeiter um eine halbe Million zurückgegangen. Ein großer Teil der entlassenen Arbeitnehmer ist durch Qualifizierungs- oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufgefangen worden<sup>3)</sup>.

In den nächsten Monaten wird es insbesondere im industriellen Sektor zu einem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen kommen. Beträchtliche Personalüberhänge gibt es aber auch noch in anderen Bereichen, wie in der Landwirtschaft, im Bergbau, im Handel und im Verkehrsgewerbe. Selbst bei einer raschen wirtschaftlichen Erholung wird sich die offene Arbeitslosigkeit noch einige Zeit weiter aufbauen — und es wird noch länger dauern, bis sie sich wieder abbaut.

Es gibt weiterhin nicht nur einen erheblichen Freisetzungsbedarf, es müssen auch noch viele Arbeitskräfte den Arbeitsplatz wechseln. Ein großer Teil des Wechsels vollzieht sich derzeit in Ostdeutschland über die — häufig nur kurzfristige — Arbeitslosigkeit: Monat für Monat ver-

zeichnet die Statistik rund 100 000 Zugänge in Arbeitslosigkeit, denen — wenn auch mit steigender Tendenz — nur etwa halb so viele Abgänge entgegenstehen.

Alles in allem sieht es so aus, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion im Sommerhalbjahr ihren Tiefpunkt durchschritten hat. Auch sind die organisatorischen und institutionellen Rahmenbedingungen besser geworden. Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur kommen allmählich voran. Die Programme zur Förderung privater Investitionen werden rege in Anspruch genommen: Bis August 1991 sind von der gewerblichen Wirtschaft fast 10 000 Förderanträge gestellt worden, das gesamte förderfähige Investitionsvolumen wird auf 58 Mrd. DM veranschlagt.

Dennoch darf nicht aus dem Blick geraten, wie tief die Krise und wie lang der Weg zu ihrer Überwindung noch ist. Die ostdeutsche Wirtschaft produziert derzeit rund ein Drittel weniger als vor einem Jahr, trotz der hohen Milliardenbeträge, mit denen der Staat die Erneuerung der Wirtschaft fördert und die Produktion stützt. Noch sind es zu viele Unternehmen, die nur mit Hilfe von Subventionen

<sup>3)</sup> Ende August waren über 260 000 Personen in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme beschäftigt, schätzungsweise 350 000 Personen ließen sich beruflich weiterbilden oder umschulen; im April gab es erst 85 000 ABM-Stellen und 210 000 Stellen für berufliche Qualifizierungsmaßnahmen.

überleben und zu wenige, die sich aus eigener Kraft am Markt behaupten können. Die eklatante Wettbewerbschwäche von großen Teilen der ostdeutschen Wirtschaft besteht fort. Um sie zu beseitigen sind hohe Investitionen erforderlich. Auch wenn die Investitionstätigkeit inzwischen in Schwung gekommen ist — das Tempo reicht noch nicht aus. Vor allem Unternehmen unter dem Dach der Treuhandanstalt halten sich mit Investitionen weiterhin zurück, nicht zuletzt deshalb, weil ihnen häufig ein tragfähiges Sanierungskonzept fehlt. Damit die Investitionstätigkeit zunimmt, muß die Treuhandanstalt noch größere Anstrengungen machen als bisher, um Betriebe zu privatisieren.

## Industrie

### Aktuelle Situation

In der Industrie Ostdeutschlands mehren sich die Hinweise auf eine Stabilisierung von Nachfrage und Produktion<sup>4</sup>. So nahm die Produktion im verarbeitenden Gewerbe vom vierten Vierteljahr 1990 zum ersten Quartal 1991 um 30 vH ab; im zweiten Vierteljahr sank sie nur noch um 5 vH. In der Differenzierung nach Hauptgruppen zeigt sich, daß

die Produktion im Bereich der Investitions- und Verbrauchsgüterindustrie am stärksten zurückgegangen ist (Tabellen 3 und 4).

Die Stabilisierung der Produktion insgesamt hängt mit der Belebung in wenigen Branchen zusammen. Dazu gehören vor allem die baunahen Bereiche wie die Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, der Stahl- und Leichtmetallbau, aber auch die eisenschaffende Industrie. Ein weiterer Zweig, in dem die Produktion zunimmt, ist das Druckgewerbe. Es verfügte aus medienpolitischen Gründen schon in der ehemaligen DDR über einen leistungsfähigen Maschinenpark und über qualifiziertes Personal. Die Druckereien profitieren von der stark gestiegenen Nachfrage nach Zeitschriften, Formularen, Werbendrucksa-chen und anderen Druckerzeugnissen. Im Aufwind ist gleichfalls die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, auch wenn die Produktionsstatistik dies noch nicht sichtbar macht. Ostdeutsche Nahrungsmittel wurden in ihrer Qualität bisher vielfach unterschätzt. Bemühungen um eine

<sup>4</sup> Angesichts der Unsicherheiten, die mit der Einführung des neuen Berichtssystems verbunden sind, ist allerdings eine Kommentierung der statistischen Ergebnisse nur mit großen Vorbehalten möglich. Außerdem sind die vorliegenden Daten nicht saisonbereinigt.

Tabelle 3

Entwicklung der Produktion im verarbeitenden Gewerbe in Ostdeutschland<sup>1)</sup>  
3. Vierteljahr 1990 = 100; arbeitstäglich

Gewerbebezüge	Struktur <sup>2)</sup>	1990	1990	1990	1990	1990	1990	1991	1991	1991	1991	1991	1991
		Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Verarbeitendes Gewerbe	100,0	109,1	98,7	93,8	93,6	97,3	84,1	65,6	61,1	65,3	57,9	61,0	63,2
Grundstoff-/Produktionsgütergewerbe	19,4	123,1	90,8	87,3	96,3	97,0	76,5	71,1	64,9	79,4	68,6	68,1	67,1
Mineralölverarbeitung	2,1	120,1	86,5	93,4	92,2	85,5	93,2	111,0	108,4	112,3	92,8	113,8	107,6
Gew. u. Verarb. v. Steine u. Erden	4,7	132,1	90,3	79,0	74,8	75,5	43,8	31,4	24,7	42,8	47,7	54,9	51,7
Eisenschaffende Industrie	2,1	109,2	94,1	97,9	87,6	82,4	55,7	83,2	75,3	85,3	79,7	83,2	83,0
Eisen-, Stahl-, Tempergießerei	1,8	124,9	88,6	89,0	84,7	75,0	48,0	46,8	49,9	48,5	44,3	46,3	46,1
Chemische Industrie	6,3	124,2	90,0	86,5	119,6	131,8	108,4	87,0	78,2	95,5	80,4	66,1	66,5
Investitionsgüter prod. Gewerbe	56,6	107,6	99,8	94,2	86,9	92,8	83,7	53,9	50,2	51,6	45,5	48,6	52,8
Stahl- u. Leichtmetallbau	5,6	107,7	104,4	89,0	92,2	111,6	104,1	67,4	68,6	82,2	76,4	86,6	89,4
Maschinenbau	26,8	102,3	101,3	98,2	82,1	84,0	87,7	51,6	44,1	44,1	38,6	42,8	49,1
Straßenfahrzeugbau	4,3	118,6	100,1	82,8	88,6	94,6	81,3	59,2	79,4	83,7	72,5	72,6	76,1
Elektrotechnik	13,6	115,2	95,0	91,5	93,9	93,7	65,0	46,6	44,0	42,1	35,4	36,6	41,8
Feinmechanik, Optik, Uhren	2,1	96,9	105,5	99,4	97,9	177,9	144,3	63,3	40,0	36,2	30,1	23,9	20,4
Herst. v. Büromasch., ADV-Geräten	1,5	102,6	107,0	91,8	80,1	75,6	51,1	38,9	25,3	32,8	39,5	34,6	30,1
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	10,4	102,4	99,9	99,6	104,3	102,1	79,6	74,2	69,6	73,2	66,6	68,0	72,1
Holzverarbeitung	1,4	106,1	98,9	96,9	109,5	105,6	86,1	83,0	68,7	72,6	66,6	65,7	65,3
Druckerei, Vervielfältigung	1,9	90,7	109,9	100,4	91,9	85,4	79,9	81,1	83,7	95,0	96,0	101,3	111,9
Textilgewerbe	2,7	103,3	96,4	103,0	113,4	115,5	79,6	98,9	92,8	90,4	74,2	78,4	82,7
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	13,6	100,6	104,1	97,0	109,4	112,9	100,2	99,9	94,5	96,6	87,5	97,0	94,0

<sup>1)</sup> Index der Nettoproduktion fachlicher Unternehmensteile. — <sup>2)</sup> Anteile in vH des Bruttowertschöpfungsvolumens vom 3. Quartal 1990.  
Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 4

Entwicklung des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe in Ostdeutschland<sup>1)</sup>  
2. Halbjahr 1990 = 100

Gewerbebezüge		1990 Okt.	1990 Nov.	1990 Dez.	1991 Januar	1991 Februar	1991 März	1991 April	1991 Mai	1991 Juni
Verarbeitendes Gewerbe	Insgesamt	85,7	89,3	98,7	86,8	66,4	92,2	79,8	68,5	75,3
	Inland	88,8	90,4	95,1	92,9	66,1	70,9	70,2	72,1	68,8
	Ausland	76,7	85,9	109,0	69,1	67,2	154,1	107,8	58,0	94,6
Grundstoff-/Produktionsgütergewerbe		88,2	80,2	74,4	76,4	69,4	74,2	68,9	59,2	59,7
Gew. u. Verarb. v. Steine u. Erden		85,3	108,1	49,4	39,4	29,9	46,1	60,3	63,4	65,4
Eisenschaffende Industrie		88,5	67,4	70,9	80,5	43,5	122,9	67,3	49,2	48,1
Chemische Industrie		94,6	81,0	68,6	79,2	88,7	61,9	66,9	62,8	63,9
Investitionsgüter prod. Gewerbe		83,7	100,1	115,9	93,8	65,6	115,1	93,8	78,3	92,4
Stahl- u. Leichtmetallbau		55,0	155,8	90,3	81,4	52,3	338,0	92,3	82,5	170,4
Maschinenbau		88,4	100,6	134,6	112,7	79,1	138,5	148,8	100,1	118,4
Straßenfahrzeugbau		97,2	76,6	63,1	50,4	58,3	45,2	39,9	44,5	43,5
Elektrotechnik		89,2	98,7	97,9	90,4	61,6	53,6	59,4	59,9	54,3
Feinmechanik, Optik, Uhren		65,5	119,0	96,6	143,8	73,0	95,4	56,2	68,4	42,4
Herst. v. Büromasch., ADV-Geräten		88,0	57,4	151,4	86,9	20,1	21,2	21,0	33,1	27,1
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe		85,8	79,6	105,7	91,1	61,6	69,2	65,3	62,2	62,2
Druckerei, Vervielfältigung		108,4	111,5	98,1	89,8	86,0	77,4	82,0	83,2	92,6
Textilgewerbe		89,0	99,2	98,3	108,3	117,1	74,8	101,1	91,8	85,9

<sup>1)</sup> Originalwerte; Wertindex Juni vorläufig.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

bessere Vermarktung zeitigen inzwischen erste Erfolge. In den übrigen Industriezweigen sind bisher keine nennenswerten Zeichen einer Besserung zu erkennen.

Die Verdrängung ostdeutscher Produkte durch westliche ist insgesamt noch nicht zum Stillstand gekommen. So wurden im Mai dieses Jahres Waren im Wert von 3,9 Mrd. DM von West- nach Ostdeutschland geliefert, deutlich mehr als in allen vorangegangenen Monaten dieses Jahres. In umgekehrter Richtung waren es dagegen nur Waren im Wert von 718 Mill. DM.

Für die westdeutsche Industrie sind die neuen Bundesländer ein wichtiger Markt geworden. Offensichtlich profitiert die westdeutsche Nahrungs- und Genußmittelindustrie am stärksten davon. Seit der Öffnung der Grenzen steigerte sie ihre Produktion mit zweistelligen Raten. Vorher konnte sie nur ein jährliches Produktionsplus von 1 bis 2 vH erreichen. Überdurchschnittliche Produktionszuwächse erzielten auch die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen, Wasch- und Körperpflegemitteln, Elektrogeräten, audio-visuellen Geräten und der Fahrzeugbau. Ebenso haben Investitionsgüterhersteller, so die Produzenten von Maschinen für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, von Bau- und Baustoffmaschinen, von Nutzkraftfahrzeugen, von Fernmelde-, Meß- und Regelgeräten, von Büromaschinen, von ADV-Geräten und -Einrich-

tungen aus Ostdeutschland erhebliche Nachfrageimpulse erhalten.

#### Ergebnisse einer Unternehmensbefragung

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung führt seit Ende Juni 1991 eine schriftliche Erhebung unter ostdeutschen Industrieunternehmen durch. Die hier präsentierten Befunde sind vorläufige Ergebnisse. Die Befragung ist noch nicht abgeschlossen<sup>5</sup>. Die endgültigen Resultate dürften aber von den vorläufigen kaum abweichen.

Ziel der Untersuchung war es, Auskunft über die Anpassungsschwierigkeiten und das Anpassungsverhalten ostdeutscher Firmen beim Übergang zur sozialen Marktwirtschaft zu erhalten. In die Erhebung einbezogen wurden alle diejenigen Firmen des verarbeitenden Gewerbes, die zu Beginn des Jahres 1991 im Besitz der Treuhandanstalt (THA) waren. Bis zum 10. September hatten sich 1 488 Un-

<sup>5</sup> Vorgesehen war, die Erhebungsphase am 20. Juli zu beenden. Dieser Termin war aber von den Befragten vor allem wegen der Sommerpause nicht einzuhalten. Hinzu kamen teilweise extrem lange Postlaufzeiten. Anfang August wurden die Unternehmen, die bis dahin nicht geantwortet hatten, nochmals um Teilnahme gebeten. Zur Zeit gehen immer noch Antworten ein.

ternehmen, die am Stichtag (30. Juni 1991) rund 850 000 Arbeitskräfte beschäftigten, an der Untersuchung beteiligt. Ein Zehntel dieser Unternehmen ist inzwischen in privater Hand. Damit ist — bezogen auf die Zahl der Beschäftigten — etwa die Hälfte der ostdeutschen Industriebetriebe erfaßt worden.

*Bisherige Anpassungsmaßnahmen*

Die Einführung der Marktwirtschaft hat die ostdeutschen Unternehmen schlagartig mit völlig veränderten Rahmen-

bedingungen konfrontiert. Ihre Güter stehen hinsichtlich Preis und Qualität auf dem Prüfstand des Wettbewerbs. Die Frage ist zunächst, mit welchen Mitteln die Unternehmen darauf reagiert haben.

Den größten Stellenwert für den Befragtenkreis hatte zunächst die Verbesserung des Absatzes. 70 vH der Firmen haben begonnen, Vertriebseinrichtungen auf- bzw. auszubauen (Tabelle 5). Der überwiegende Teil der Unternehmen richtete das Interesse auf Ostdeutschland, eine erhebliche Anzahl (40 vH aller Unternehmen) versuchte aber auch auf dem westdeutschen Markt Fuß zu fassen. Maßnahmen zur

Tabelle 5

**Ostdeutsche Industrieunternehmen nach der Art ihrer bisher ergriffenen Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und der Zahl der Beschäftigten**

Maßnahmen <sup>1)</sup>	Unternehmen							
	Ins-ge-samt	Unternehmen mit ....Beschäftigten <sup>2)</sup>						
		bis 49	50 bis 99	100 bis 199	200 bis 499	500 bis 999	1 000 bis 4 999	5 000 und mehr
	Von allen Unternehmen der jeweiligen Größenklasse haben .... vH die Maßnahme ergriffen.							
Starke Straffung der Produktpalette	34	26	26	32	35	38	52	77
Erweiterung der Produktpalette	58	64	59	60	57	56	49	15
Deutliche Verringerung der Fertigungstiefe	20	13	17	16	22	21	29	58
Auf- bzw. Ausbau des Vertriebs .... darunter <sup>3)</sup>	70	52	67	74	75	78	80	89
.... in Ostdeutschland	56	45	57	61	58	60	53	58
.... in Westdeutschland	39	22	34	38	46	47	50	73
.... im westlichen Ausland	19	4	14	18	22	27	36	35
.... im östlichen Ausland	15	2	11	13	18	23	31	42
Verstärkter Bezug von Vorlieferungen von nicht-ostdeutschen Unternehmen	37	25	30	39	46	41	44	31
Herstellung neuer bzw. erheblich veränderter Produkte .... darunter <sup>3)</sup>	61	48	51	67	68	64	63	54
.... auf Grundlage eigener Forschung und Entwicklung oder mit Kooperationspartnern	41	29	27	42	53	46	50	50
.... in Lizenz oder Lohnfertigung	25	19	24	32	25	24	26	19
Umfangreiche Rationalisierung	39	29	39	42	42	37	51	54
Ausgliederung von Unternehmensteilen	52	23	32	47	64	75	88	96
Reorganisation der betrieblichen Kostenrechnung	54	33	47	52	63	65	73	70
Anschaffung neuer Anlagen	42	40	47	42	47	37	38	42
Andere Maßnahmen	22	17	13	21	27	28	29	31

<sup>1)</sup> Mehrfachnennungen möglich. — <sup>2)</sup> Stand: 30. Juni 1991. — <sup>3)</sup> Wegen möglicher Mehrfachnennungen müssen sich die vH-Werte in den untergeordneten Antwortkategorien nicht auf 100 addieren.

Quelle: Befragung des DIW vom Sommer 1991.

Verbesserung des Exportgeschäfts ergriff nur eine vergleichsweise geringe Anzahl der Unternehmen — sei es, um den Absatz in westlichen Industrieländern anzukurbeln, sei es, um in Osteuropa alte Kunden zu halten oder neue zu suchen.

Die weitaus größte Anzahl der befragten Unternehmen hat mit Veränderungen des Produktprogramms begonnen, nur eine kleine Minderheit hat das bisherige Programm beibehalten. Reichlich die Hälfte der Firmen hat ihr Angebotsspektrum per Saldo erweitert, ein Drittel hat es gestrafft. Nicht selten wurden Lizenzproduktionen oder Lohnfertigungsaufträge übernommen, vor allem von Unternehmen der Schuhindustrie, des Bekleidungsgebietes, der Kunststoffverarbeitung, des Stahlbaus (z.B. Unteraufträge im Stahlhochbau) und der Elektroindustrie (z.B. Leiterplattenfertigung). Zudem wurden vermehrt Dienstleistungen (Handel, Service) angeboten.

Nicht einmal die Hälfte aller Industriefirmen versuchte, durch eigene Anstrengungen oder mit Hilfe von Partnern neue bzw. erheblich veränderte Produkte zu entwickeln. Der Begriff „Produktentwicklung“ wird von den Firmen sehr weit gefaßt. So bietet ein Sägewerk jetzt auch Bauholz an, eine Druckerei stellt nun Werbematerial her, ein Maschinenbauunternehmen entwickelt gemeinsam mit dem westlichen Kunden neue Gußformen, ein Nahrungsmittelhersteller erweitert sein Sortiment an Konfitüren.

20 vH der befragten Unternehmen verringerten die Fertigungstiefe. Dies hatte in der Regel zur Folge, daß verstärkt Vorleistungen von anderen Firmen bezogen wurden. Auch wenn die Unternehmen an herkömmlichen Bezugsstrukturen noch festhielten, bezog schon reichlich ein Drittel von ihnen Vorprodukte von Anbietern außerhalb Ostdeutschlands. Besonders häufig war das der Fall bei Unternehmen der Elektrotechnik, der ADV-Industrie, des Maschinenbaus, des Straßenfahrzeugbaus und der Bekleidungsindustrie.

Umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen nahmen bisher 40 vH der Firmen in Angriff. Dies ist weniger als angesichts der veralteten Produktionsanlagen und der meist ineffizienten Betriebsabläufe zu erwarten gewesen wäre. Ein großes Hindernis ist für viele Betriebe, namentlich denen in Treuhandbesitz, der Mangel an Kapital. Häufig wurde daher mit weniger aufwendigen Rationalisierungsmaßnahmen begonnen, wie mit der Reorganisation der betrieblichen Kostenrechnung. Die Ausgliederung von Unternehmensteilen, vor allem solchen mit industriefremden Funktionen, ist den Angaben der Befragten zufolge inzwischen weit fortgeschritten:

Deutliche Unterschiede zeigen sich im Anpassungsverhalten verschieden großer Betriebe wie auch zwischen privatisierten und nicht-privatisierten Betrieben. So haben vor allem größere Betriebe, die fast alle noch im Besitz der THA sind, damit begonnen, ihr bisheriges Produktprogramm zu straffen und durch Neuentwicklungen oder Produktverbesserungen zu verändern. Dabei kommt ihnen entgegen, daß

sie über eigene Forschungs- und Entwicklungsabteilungen verfügen. Aber auch Großbetriebe sind vielfach auf die Übernahme von Lizenzproduktionen und Lohnfertigungen angewiesen. Große Betriebe versuchen zudem stärker als kleine, ihre Produkte auf überregionalen Märkten — namentlich in Osteuropa — abzusetzen. Auch haben sie überdurchschnittlich häufig mit Verbesserungen der innerbetrieblichen Organisation begonnen. Bei Investitionen in neue Anlagen sind sie als Treuhandbetriebe in ihren Möglichkeiten jedoch ebenso beschränkt wie die kleineren Betriebe.

Kleinere Betriebe haben häufiger als große ihre Produktpalette bzw. ihr Leistungsspektrum ausgeweitet. Es wurden vor allem solche Produkte aufgenommen, die keine oder nur geringe Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen voraussetzen. Eine relativ große Anzahl kleinerer Betriebe konzentriert sich auf die Nachfrage „vor Ort“. Auch der westdeutsche Markt wird zunehmend ins Auge gefaßt.

Privatisierte Unternehmen bemühen sich offensichtlich weniger als die Treuhandbetriebe um eine Verbesserung ihres Absatzes in den alten Bundesländern und im Ausland. Nur ein überraschend geringer Teil der privatisierten Firmen entwickelt eigene Produkte. Eine Erklärung könnte sein, daß sie für westdeutsche Unternehmen produzieren und Teile ihres Produktionsprogramms übernehmen haben. Weit häufiger als in Treuhandbetrieben ist in den privatisierten Firmen mit umfassenden Rationalisierungsmaßnahmen und mit Investitionen in neue Anlagen begonnen worden.

Insgesamt zeigt sich, daß die ostdeutschen Unternehmen in nicht geringer Zahl Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit in Angriff genommen haben, daß aber entscheidende Schritte, wie die Entwicklung neuer Produkte, noch nicht getan sind.

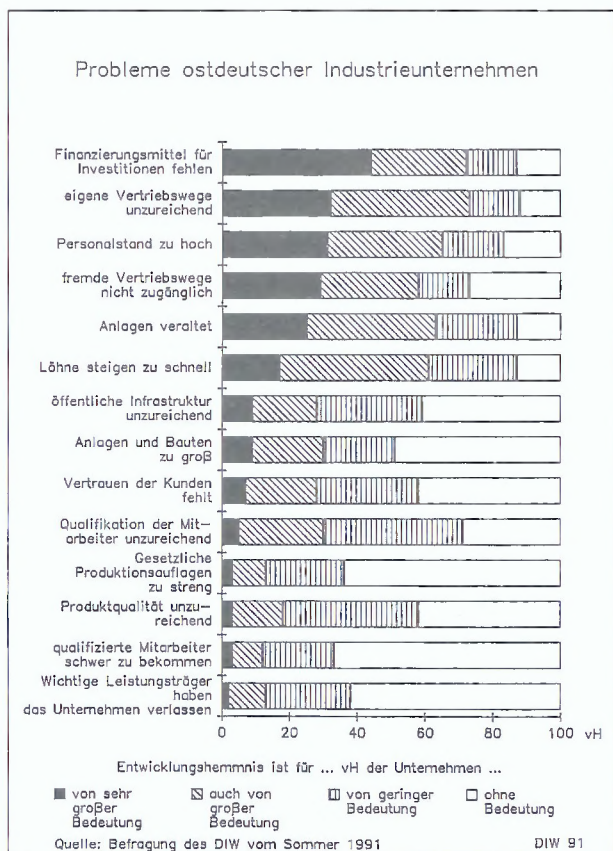
#### *Kernprobleme im Anpassungsprozeß*

Für den Großteil der Unternehmen ist der Umstellungsprozeß noch lange nicht abgeschlossen; 85 vH der befragten Unternehmen berichten von existenzgefährdenden Problemen (Schaubild 1). Dies sind vor allem

- ein zu hoher Personalbestand und schnell steigende Löhne,
- Absatzprobleme,
- veraltete und nicht selten auch überdimensionierte Produktionsanlagen sowie
- Finanzierungsgengpässe bei Investitionen.

Der Personalbestand wird vor allem in folgenden Branchen als zu hoch angesehen: Stahlindustrie, Schiffbau, Elektrotechnik und Feinmechanik. Dort muß in absehbarer Zeit mit einem drastischen Abbau des Personalbestandes gerechnet werden. Dies gilt besonders für Unternehmen,

Schaubild 1



die sich noch im Besitz der Treuhandanstalt befinden. Allgemein werden von den Unternehmen, unabhängig von der Branche und der Größe, die schnellen Lohnsteigerungen beklagt. Dies gilt auch für solche Unternehmen, die im Anpassungsprozeß schon weiter fortgeschritten sind und die Geschäftsaussichten als relativ günstig ansehen. Veraltete Anlagen und Maschinen sind ebenfalls ein generelles Problem. Vor allem die Unternehmen der Treuhandanstalt klagen darüber, daß sie die Erneuerung des Anlagebestands nicht angehen können; die Eigenkapitaldecke ist in der Regel zu dünn, auf vielen Betrieben lasten Altschulden, und über tragfähige Sanierungskonzepte herrscht Unklarheit. Absatzprobleme werden vor allem dem mangelnden Vertriebssystem zugeschrieben, kaum jedoch einer möglicherweise mangelnden Attraktivität der Produkte. Der Marktzugang wird dort als besonders schwierig empfunden, wo der Absatz der Produkte an die Endverbraucher über spezielle Vertriebsketten erfolgt. So haben die Produzenten von Nahrungsmitteln, aber auch von Bekleidung und Textilien Schwierigkeiten, in die Listungen der Handelsketten aufgenommen zu werden. Privatisierte Unternehmen sehen sich hier in einer weitaus günstigeren Situation als nicht-privatisierte.

Es überrascht, daß nur wenige Unternehmen die Qualität ihrer Produkte in Zweifel ziehen. Ihrer eigenen Einschätzung zufolge sind auch die Kunden davon überzeugt.

Offensichtlich denken die befragten Unternehmen, daß Maßnahmen zum Ausbau ihres Vertriebs und zur Senkung der Kosten ausreichen, um wettbewerbsfähig zu werden. Diese Einschätzung erscheint sehr optimistisch. Die Erschließung neuer Märkte verlangt erfahrungsgemäß sehr viel größere Anstrengungen. Insbesondere die Produktentwicklung und -pflege sowie die Qualifikation der Mitarbeiter werden eine größere Bedeutung bekommen müssen, als dies gegenwärtig der Fall ist.

### Planungen der Unternehmen

Kaum eines der Unternehmen hält sich für wettbewerbsfähig, aber die meisten vertreten die Ansicht, sanierungsfähig zu sein (Schaubild 2). Drei Viertel der Unternehmen rechnen damit, in spätestens zwei Jahren das Sanierungsziel erreicht zu haben, ein Drittel glaubt sogar, dieses Ziel innerhalb eines Jahres zu erreichen. Je mehr Beschäftigte die Unternehmen haben, desto länger schätzen sie den Zeitraum für die Sanierung ein. In den Wirtschaftszweigen, in denen Großunternehmen ein besonders starkes Gewicht haben (Chemie, Maschinenbau, Schiffbau, Elektrotechnik/ADV-Industrie), wird man folglich von einer langen Sanierungsdauer ausgehen müssen.

Für etwa ein Drittel der Treuhandfirmen ist klar, daß sie die Sanierung nicht aus eigener Kraft schaffen; eine Private-

Schaubild 2

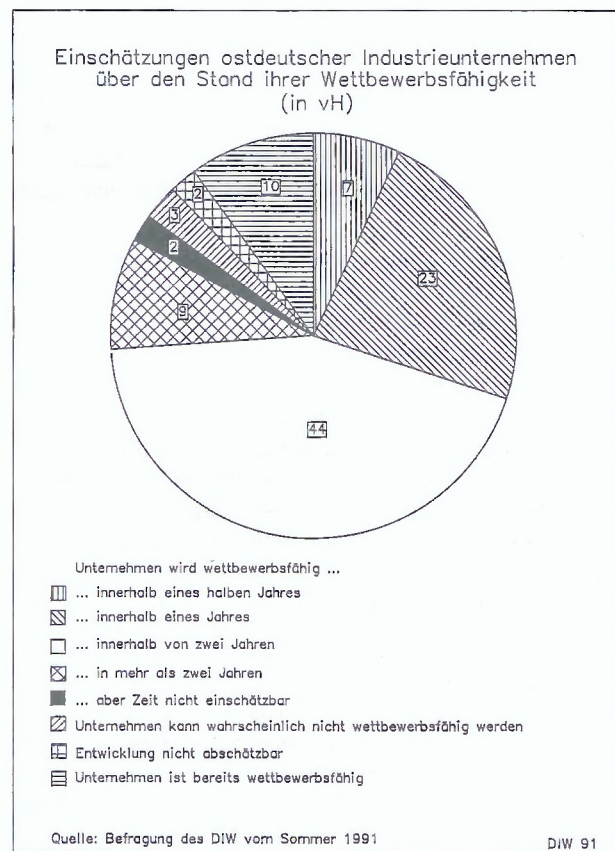


Schaubild 3



tisierung ist für sie unabdingbar. Viele meinen indes, die Probleme eigenständig angehen zu können — sofern sie finanzielle Unterstützung durch die Treuhandanstalt und andere Hilfen wie Beratung oder Unterstützung beim Vertrieb erhalten. Einer nicht geringen Anzahl der Befragten scheint jedoch an einer Privatisierung des Unternehmens nicht gelegen zu sein. Sie streben allenfalls eine Teilprivatisierung oder Kooperationspartnerschaften an. Nur sehr wenige Geschäftsleitungen planen, das Unternehmen selbst zu erwerben.

Die Dringlichkeit einer Sanierung spiegelt sich auch in den Angaben der Befragten über die vorrangig zu ergreifenden Maßnahmen wider. Einen sehr hohen Stellenwert hat die Erneuerung des Anlagenbestands (Schaubild 3). Bei einer Reihe von Unternehmen muß allein schon deshalb rasch investiert werden, weil sie nun mit neuen technischen Standards und Normen konfrontiert sind. Dazu zählen zum einen Umweltschutzaufgaben, zum anderen Vorschriften über Produktionsverfahren und Produktbeschaffenheit, die beispielsweise bei der Pharmaziebranche und der Fleischwarenindustrie nur mittels moderner Anlagen einzuhalten sind. Nicht wenige Betriebe müssen auch investieren, um eine Verringerung des Energieverbrauchs bzw. die Umstellung auf neue Energieträger zu erreichen, weil die hohen Energiepreise stark zu Buche schlagen.

Aus den Angaben der Unternehmen errechnet sich ein gewaltiger Investitionsbedarf. Fast alle Unternehmen (97 vH) müssen ihre Anlagen erneuern. Die privaten Unternehmen kalkulieren damit, daß für jeden Arbeitsplatz im Schnitt 100 000 DM aufzuwenden sind, die Treuhandbetriebe rechnen nur mit 60 000 DM. Da die Anlagen der Treuhandbetriebe kaum moderner sein dürften als die der privatisierten, muß es andere Gründe für diesen Unterschied geben. Eine mögliche Erklärung ist, daß sie den Investitionsaufwand schlicht unterschätzen. Es könnte aber auch sein, daß dort noch auf arbeitsintensive Produktionen gesetzt wird.

Einen hohen Stellenwert behält nach Auskunft der Unternehmen der Personalabbau. Geplant ist, die Anzahl der Beschäftigten allein bis zum Jahresende 1991 um ein Drittel zu reduzieren (Tabelle 6). Da das Kündigungsschutzabkommen in der Metallindustrie am 1. Juli 1991 ausgelaufen ist, dürfte ein Teil der Entlassungen schon vorgenommen worden sein. Besonders stark wird der Abbau in der elektrotechnischen und der ADV-Industrie, der Schuhindustrie sowie im Textil- und im Bekleidungsgerber ausfallen. Das Ausmaß der geplanten Entlassungen steigt mit der Unternehmensgröße. Bei den privaten Betrieben sind zwar schon mehr unrentable Arbeitsplätze abgebaut worden als in den noch nicht privatisierten, aber auch hier soll der Beschäftigtenstand noch um ein Viertel reduziert werden.

Ein Teil der Unternehmen versucht, Arbeitskräfte in Beschäftigungs- bzw. Qualifizierungsgesellschaften aufzufangen. Ein Siebtel der befragten Firmen hat entspre-

chende Maßnahmen bereits ergriffen, ein weiteres Sechstel plant in dieser Hinsicht aktiv zu werden oder begonnene Aktivitäten auszuweiten. Bei den befragten Firmen sollen bis zum Jahresende auf diese Weise reichlich 100 000 Personen vor Arbeitslosigkeit bewahrt werden. Zum Vergleich: Die Anzahl der regulär Beschäftigten soll sich den Planungen zufolge zum Jahresende noch auf rund 550 000 belaufen. Ein erheblicher Teil des für Beschäftigungs- oder Qualifizierungsmaßnahmen vorgesehenen Personals kommt aus Großunternehmen. Einzelne Unternehmen wollen bis zu 6 000 Mitarbeiter dort unterbringen.

Der Prozeß des Personalabbaus wird Ende 1991 noch nicht abgeschlossen sein. Im Zuge der Sanierungsmaßnahmen soll sich mittelfristig die Anzahl der Beschäftigten nochmals um ein Viertel verringern. Besonders stark soll das Personal bei den Werften, in der Stahlindustrie, im Bereich Feinmechanik/Optik und in der Textilindustrie reduziert werden. In überdurchschnittlichem Umfang wollen wiederum die Treuhandbetriebe Personal entlassen. Nur kleinere Betriebe wollen zusätzliches Personal einstellen.

In den Planungen der Unternehmen spielen Verbesserungen im Vertriebssystem eine große Rolle, während nur von relativ wenigen der befragten Firmen Änderungen des Produktprogramms als vordringlich angesehen werden.

Die Erwartungen der Unternehmen über die Umsatzentwicklung im zweiten Halbjahr 1991 sind überraschend optimistisch: Es wird mit einem Zuwachs von durchschnittlich einem Viertel gegenüber dem ersten Halbjahr 1991 gerechnet. Ob dies eine realistische Einschätzung ist, wird sich erweisen.

### Absatzmarkt Sowjetunion

Die Sowjetunion ist für die ostdeutsche Industrie noch immer der bedeutendste Exportmarkt, auch wenn die Lieferungen in diesem Jahr massiv zurückgehen. Das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung hat ostdeutsche Unternehmen darüber befragt, wie sie die künftige Bedeutung dieses Absatzmarkts einschätzen<sup>6</sup>.

Von den befragten Unternehmen rechnet der überwiegende Teil mit einem starken Rückgang der Exporte, während zwei Zehntel damit rechnen, daß ihr Export völlig zum Erliegen kommt; nur ein Zehntel erwartet steigende Exporte. Als Hauptursache für diese Entwicklung wird die geringe Zahlungsfähigkeit der sowjetischen Abnehmer genannt.

<sup>6</sup> Befragt wurden Geschäftsführer und leitende Angestellte von 40 Unternehmen des Maschinen-, Schiff- und Waggonbaus, der chemischen Industrie, der pharmazeutischen Industrie, der eisen-schaffenden Industrie und der Keramikindustrie. Darüber hinaus wurden Gespräche geführt mit dem Landesverband Ost des Verbands der chemischen Industrie und des Kooperationsbüros des Ostausschusses der Deutschen Industrie.

Tabelle 6

Erwartungen ostdeutscher Industrieunternehmen über ihre Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung

ausgewählte Industriezweige	Veränderung der Beschäftigung in vH		Anteil der Kurzarbeiter an allen Beschäftigten in vH Ende Dezember 1991	Veränderung des Umsatzes 2. Halbjahr 1991 gegenüber 1. Halbjahr 1991
	Größenklassen	Stand der Privatisierung		
	Ende Dezember 1991 gegenüber Ende Juni 1991	Ende der Sanierung gegenüber Ende Dezember 1991		
<b>Ausgewählte Industriezweige</b>				
Steine, Erden	-28	-18	24	+53
Eisen, Stahl	-23	-53	32	+4
Gießereien	-33	-23	35	+12
Chemie	-32	-31	14	+11
Holzbearbeitung	-21	-16	27	+72
Stahlbau	-25	-19	10	+13
Maschinenbau	-37	-23	28	+31
Fahrzeugbau	-46	-20	27	+36
Schiffbau	-25	-34	85	x <sup>4)</sup>
Elektrotechnik, ADV	-47	-25	33	+48
Feinmechanik, Optik	-23	-47	77	+80
EBM-Waren	-35	-13	21	+42
Holzverarbeitung	-28	-1	14	-10
Papierverarbeitung	-28	-9	17	+82
Druckereien	-22	-9	15	+30
Kunststoffverarbeitung	-32	-7	26	+13
Leder	-50	-10	20	+88
Textil	-44	-37	30	+37
Bekleidung	-36	-26	20	+50
Nahrung, Genuß	-26	-23	19	+4
<b>Größenklassen</b>				
Unternehmen mit ... Beschäftigten <sup>1)</sup>				
bis 49	-10	+23	18	+32
50 bis 99	-25	0	18	+61
100 bis 199	-27	-9	18	+33
200 bis 499	-33	-15	37	+46
500 bis 999	-38	-22	23	+13
1 000 bis 4 999	-40	-27	24	+39
5 000 und mehr	-33	-40	35	+10
<b>Stand der Privatisierung</b>				
Treuhandunternehmen <sup>2)</sup>	-64	-27	27	+29
private Unternehmen <sup>3)</sup>	-23	-27	35	+11
Alle Unternehmen	-35	-27	28	+27
1) Stand: 30. Juni 1991. — 2) Einschließlich teilprivatisierter Unternehmen. — 3) Einschließlich in Landesbesitz übergegangener Unternehmen. — 4) Angabe wegen zeitlich stark unterschiedlicher Abrechnung von Großaufträgen nicht sinnvoll. Quelle: Befragung des DIW vom Sommer 1991.				

Beispiele belegen, daß die Exportfördermaßnahmen des Bundes einen noch drastischeren Exporteinbruch verhindert haben und auch künftig für die ostdeutschen Industrieunternehmen eine wichtige Stütze sein werden. So konnte ein Unternehmen des Landmaschinenbaus durch den Abschluß eines Großvertrags sein Exportvolumen fast verdoppeln. Auch ein Großunternehmen der eisenschaf-

fenden Industrie hat die Liefermengen spürbar erhöhen können. Anlagenbauer berichten, daß sie ihre Geschäftsfelder erweitert haben, indem sie sich an der Konversion der sowjetischen Rüstungsindustrie, zum Teil als Generalunternehmer, beteiligen; für die nächsten Jahre erwarten diese Unternehmen eine Vervielfachung ihrer Exportleistungen.

Das Auseinanderbrechen der Sowjetunion in selbständige Republiken schafft aber neue Unsicherheiten: Abschlüsse kommen nicht zustande, die Realisierung von Verträgen und die Bezahlung bereits erfolgter Lieferungen und Leistungen sind gefährdet. Nach dem Wegfall der zentralstaatlichen Abnehmer wollen die ostdeutschen Unternehmen den Märkten in den Republiken mehr Aufmerksamkeit schenken und verstärkt mit den einzelnen Unternehmen Geschäftsverbindungen pflegen. Eigenständige Handels- und Kooperationsbeziehungen in den einzelnen Republiken werden schon angeknüpft, doch sind die Spielräume wegen fehlender Devisen sehr eingeschränkt. Beispielsweise waren an einer vom Ostausschuß der deutschen Wirtschaft initiierten Konsumgütermesse in der ukrainischen Stadt Winniza 28 Aussteller, davon 25 aus den neuen Bundesländern, vertreten. Diese repräsentieren 120 Unternehmen, die schon direkte Beziehungen zu ukrainischen Betrieben und Kaufhäusern aufgenommen haben, die jetzt über — wenn auch bescheidene — Devisenkonten zum Direktbezug von Verbrauchsgütern verfügen.

Eine Konkurrenz von Unternehmen aus Westdeutschland und dem Ausland sehen die befragten Unternehmen noch nicht. Offensichtlich sind diese Märkte für westliche Unternehmen noch nicht attraktiv genug, zumal sie sehr klein und wenig transparent sind. Außerdem ist die Unsicherheit über die politische Entwicklung noch groß. Als vorteilhaft sehen die ostdeutschen Unternehmen die Hermes-Bürgschaften an. Dadurch besteht für sie die Möglichkeit, auch Erzeugnisse abzusetzen, die auf anderen Märkten nur schwer verkäuflich sind.

Für Investitionsgüter sehen die befragten ostdeutschen Unternehmen längerfristig dann gute Absatzchancen, wenn sie mit westlichen Unternehmen kooperieren, etwa indem sie ihre eigenen Erzeugnisse mit Komponenten von Markenherstellern bestücken. Kurzfristig werden die Absatzmöglichkeiten wegen der politischen Umwälzungen als recht bescheiden eingeschätzt. Ein weiteres sehr großes Problem stellt die Vorfinanzierung von Exportgeschäften dar, die sich auf überaus lange Zeiträume erstreckt.

In der Hoffnung auf eine mittelfristige Besserung der Situation halten die meisten Unternehmen ihre Marketing- und Serviceeinrichtungen auch bei derzeit stark reduziertem Geschäftsvolumen aufrecht. Teilweise bedienen sie sich auch der Unterstützung von Außenhandelsunternehmen. Nahezu alle befragten Unternehmen richten ihre Aufmerksamkeit inzwischen verstärkt auf

- die Erkundung der Marktsituation in den einzelnen Republiken und Wirtschaftsregionen,
- die Erschließung neuer Marktsegmente durch Produktionsumstellungen,
- die Präsentation ihrer Produkte auf Messen und Ausstellungen, und zwar nicht nur in Moskau,
- die Aufnahme von Kontakten mit den zur Zeit entste-

henden Branchenverbänden, Geschäftsbanken und Binnenhandelsunternehmen.

Große Unternehmen, die über direkte Geschäftsverbindungen verfügen, glauben am ehesten, sich auf die Veränderungen in der Sowjetunion einstellen zu können. Bedeutend schwerer haben es nach eigenen Angaben mittlere und kleinere Unternehmen, da sie über solche Kontakte nicht verfügen. Die Mehrzahl aller Unternehmen geht indes davon aus, daß ein längerfristiges Behaupten auf dem sowjetischen Markt internationale Konkurrenzfähigkeit voraussetzt. Die bereits vorhandenen Geschäftsbeziehungen gelten als Vorteil gegenüber westlichen Konkurrenten, der weiter ausgebaut werden soll. Große Bedeutung wird Forschungsk Kooperationen beigemessen. So halten drei Viertel der befragten Unternehmen eine solche Kooperation mit Unternehmen und Instituten in der Sowjetunion für notwendig. Die Zusammenarbeit soll sich konzentrieren auf die Entwicklung von

- Verfahren zur Herstellung von Grundchemikalien und chemischen Zwischenprodukten,
- Techniken der Metallbearbeitung wie Hochleistungsbeschichtungen und Laserschweißen,
- Werkstoffen, insbesondere der Veredelungsmetallurgie und der Polymerchemie,
- Ausrüstungen und Anlagen wie Werkzeugmaschinen, Fördertechnik, Baumaschinen, Landmaschinen, Ausrüstungen für die Nahrungsgüter- und polygraphische Industrie,
- Verfahren und Ausrüstungen für den Umweltschutz.

Einige der befragten Unternehmen der chemischen Industrie und des Maschinenbaus haben derartige Verträge bereits geschlossen oder bereiten Vertragsabschlüsse vor.

Nur wenige Unternehmen sind gegenwärtig in der Lage, über Exporte in die Sowjetunion Produktion und Beschäftigung aufrechtzuerhalten. Mittel- bis längerfristig schätzen sie ihre Absatzchancen aber günstig ein. Gleichwohl ist den Unternehmen dabei bewußt, daß sie ihren Startvorsprung — Kenntnisse der wirtschaftlichen, technischen, infrastrukturellen und personellen Gegebenheiten — nur dann auch erfolgreich halten, wenn sie die Fertigung verbessern, Kosten senken und die Qualität der Produkte erhöhen. In der Sowjetunion sehen die Unternehmen umfangreichen Modernisierungsbedarf, und sie erwarten eine entsprechende Belebung der Nachfrage, die teilweise durch Hilfen aus der westlichen Welt angesprochen wird. So muß die Rohstoffförderung grundlegend modernisiert werden. Darüber hinaus sind umfangreiche Erneuerungen der industriellen Anlagen sowie der Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur (Verkehrswesen, Kommunikationssysteme) erforderlich. Kurzfristig sind die Republiken zur Verbesserung ihrer Versorgungslage auch auf Importe von Konsumgütern und Pharmazeutika angewiesen. Gute Chancen rechnen sich die ostdeutschen Unternehmen vor allem in den Bereichen Schienenfahrzeugbau, Landmaschinenbau, Pharmazie und Anlagenbau aus.

### Fazit

In der Industrie zeichnet sich eine Wende zum Besseren ab, und für das zweite Halbjahr 1991 erwarten die Unternehmen ein kräftiges Umsatzplus. Dies darf freilich nicht überbewertet werden. Dem Anstieg der Produktion wird ein kräftiger Beschäftigungsabbau gegenüberstehen. Der Druck auf die Unternehmen, Produktion, Beschäftigung und Kosten miteinander in Einklang zu bringen, wird eher größer statt geringer. Rasch steigende Löhne erschweren die Anpassung. Unternehmen, die über Lohnfertigungen ihre Produktion und ihre Beschäftigung stabilisiert haben, laufen nun Gefahr, solche Fertigungen wieder zu verlieren.

Schwer wiegen die unzulänglichen Vertriebssysteme und fehlende Marketing-Konzepte. Vor allem aber mangelt es an wettbewerbsfähigen Produkten. Alarmierend ist der Befund, daß die meisten Unternehmen glauben, allein durch kostensenkende Maßnahmen und Verbesserung beim Vertrieb am Markt bestehen zu können.

Vor diesem Hintergrund erscheint der Optimismus der Unternehmen, in relativ kurzer Zeit saniert zu sein, unangebracht. Es fällt auf, daß namentlich die Treuhandunternehmen die für die Sanierung notwendigen Investitionsmittel relativ niedrig ansetzen. Außerdem können diese Unternehmen die anstehenden Investitionen nur schwer finanzieren, weder über Bankkredite, geschweige denn aus eigenen Mitteln.

Viele Unternehmen setzen auf eine Belebung der Exporte in die Sowjetunion. Diese Perspektive ist aber höchst unsicher — nicht allein wegen der politischen Unwägbarkeiten. Die Unternehmen müssen weiter steigende Lohnkosten in Rechnung stellen und deshalb ebenso hochwertige Produkte entwickeln und anbieten, wie die Konkurrenten aus anderen Hochlohnländern. Ein Konzept, das auf die Produktion wenig anspruchsvoller Güter bei hohen Löhnen setzt, muß letztlich scheitern. Ähnliche Güter werden nämlich auch in Ländern hergestellt, in denen die Löhne niedriger sind. Allenfalls für eine Übergangszeit, in der osteuropäische Länder aufgrund des Nachwirkens der alten Planbeziehungen noch auf Zulieferungen aus Ostdeutschland angewiesen sind, könnte eine solche Rechnung aufgehen. Dennoch meinen viele Unternehmen im Besitz der Treuhandanstalt, in Lieferungen ihrer überkommenen Produkte vorwiegend in die Sowjetunion eine tragfähige Grundlage für ihre Sanierung zu sehen. Abzuwarten bleibt, ob die Treuhandanstalt solchen Konzepten zustimmt.

### Bauwirtschaft

Die Bauwirtschaft ist einer der ersten Wirtschaftsbereiche, in denen es zu einem Umschwung gekommen ist. Seit März dieses Jahres sind die Auftragseingänge weitaus

Tabelle 7

Indikatoren zur Bautätigkeit in Ostdeutschland<sup>1)</sup>

	1990		1991				
	3. Quartal	4. Quartal	Jan.	Feb.	März	April	Mai
	Monatl. Durchschnitt						
Auftragseingänge (Mill. DM)							
Insgesamt	949	1 007	893	792	1 116	1 246	1 381
Wohnungsbau	301	256	203	193	239	217	204
Wirtschaftsbau	396	442	402	329	499	523	584
Öffentlicher Bau <sup>2)</sup>	252	309	288	270	378	506	593
Geleistete Arbeitsstunden (Mill. Std.)	.	.	25,5	18,4	25,6	28,0	26,8
Beschäftigte (in 1000)	.	.	281	290	293	285	283
dar. Angestellte	.	.	52	54	54	52	52
Facharbeiter	.	.	172	181	183	179	178
Umsätze (ohne MWSt, Mill. DM) <sup>3)</sup>	.	2 760	981	917	1 224	1 570	1 614
Wohnungsbau	.	907	243	278	318	377	386
Wirtschaftsbau	.	1 197	453	406	514	645	617
Öffentlicher Bau <sup>2)</sup>	.	656	285	233	392	548	611
Betriebe	.	1 595	1 682	1 780	1 851	1 855	1 863

1) Betriebe des Bauhauptgewerbes mit mehr als 20 Beschäftigten. — 2) Einschl. Bahn und Post. — 3) Baugewerblicher Umsatz.  
 Quellen: Statistisches Bundesamt, Gemeinsames Statistisches Amt der neuen Bundesländer, DIW.

kräftiger als nur saisonüblich gestiegen, die Auftragslage hat sich offensichtlich nachhaltig verbessert, dazu hat vor allem die öffentliche Hand beigetragen (Tabelle 7). Das Niveau der Auftragseingänge im öffentlichen Bau war im Mai doppelt so hoch wie im Durchschnitt der vorangegangenen 12 Monate. Für die nächste Zeit kann mit einem weiteren Anstieg gerechnet werden: Viele Investitionsvorhaben der öffentlichen Hand befinden sich erst in der Planungsphase. Nur wenig schwächer entwickelte sich die Nachfrage im Wirtschaftsbaubau — ein Anzeichen dafür, daß der Investitionsmotor im gewerblichen Bereich angesprungen ist. Die Auftragseingänge im Wohnungsbau dagegen sind zuletzt wieder geschrumpft, sie lagen im April und Mai um ein Viertel niedriger als im Monatsdurchschnitt des zweiten Halbjahres 1990. Weder im Geschoßwohnungsbau noch im Eigenheimbau ist mit einer raschen Änderung zu rechnen. Während im Geschoßwohnungsbau schlechte Renditeerwartungen einer Belebung im Wege stehen und nur vom sozialen Wohnungsbau bescheidene Impulse ausgehen dürften, halten im Eigenheimbau hohe Zinsen und die hohe Arbeitslosigkeit die Nachfrage kurz.

Bisher hat sich allerdings die Zunahme der Nachfrage noch nicht in der Bauproduktion niedergeschlagen, die Arbeitsstunden und die Beschäftigung waren im Mai nicht höher als in den Vormonaten: Erfahrungsgemäß vergehen einige Monate, ehe sich die Nachfrageveränderungen in den Produktions- und Beschäftigungszahlen zeigen.

In Ostdeutschland wurden im Mai dieses Jahres 1 863 Betriebe des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten gezählt; seit Dezember letzten Jahres sind im Monatsdurchschnitt 50 Betriebe hinzugekommen, in den meisten Fällen durch die Ausgliederung von Teilkapazitäten der ehemaligen volkseigenen Kombinate und Betriebe der Bau- und Baumaterialienindustrie. Auch die Anzahl der Betriebe im Ausbaugewerbe mit 20 und mehr Beschäftigten hat sich spürbar erhöht; sie ist von 761 auf 923 Betriebe gestiegen. Insgesamt waren in den Betrieben der Bauwirtschaft mit mehr als 20 Beschäftigten zuletzt etwa 340 000 Personen tätig.

Die Reorganisation der Kombinate der Bau- und Baumaterialienindustrie ist formal weitgehend abgeschlossen. Die Kombinate wurden entflochten, baufremde Unternehmensteile größtenteils ausgegliedert, und die Zahl der Beschäftigten wurde, vornehmlich im Verwaltungsbereich, reduziert. Doch ist die Umstrukturierung und Neuprofilierung der Unternehmen — also die Anpassung der Betriebsgrößen an die veränderten Bedingungen, die Nutzung der Vorteile arbeitsteiliger Prozesse sowie Veränderungen in der Leistungspalette — nur langsam vorangeschritten. Auffällig ist, daß die Anpassungsprozesse sich dort sehr viel rascher vollziehen, wo Betriebe mit westlichen Unternehmen Kooperationsbeziehungen eingegangen oder privatisiert worden sind. Mit der Privatisierung war eine Verringerung der Beschäftigtenzahl um durchschnittlich ein Viertel verbunden.

Eine große Bedeutung besaßen in der DDR die Unternehmen des Fertigteilbaus; Wohn- und Wirtschaftsbauten wurden weitgehend aus Fertigteilen („Plattenbau“) hergestellt. Die Branche erlebte im ersten Halbjahr 1991 einen Einbruch, die Umsätze halbierten sich. Im zweiten Quartal wurden in den privatisierten Betrieben verstärkt Anpassungsmaßnahmen eingeleitet, die oftmals zur Schließung einzelner Betriebsstätten und zur Aufgabe ganzer Fertigungslinien führten.

Im Rahmen der DIW-Befragung zur Lage der Industrieunternehmen in Ostdeutschland antworteten auch eine Reihe von Unternehmen der Bauwirtschaft. Die Anzahl der Antworten war gering; die Ergebnisse sind daher nicht repräsentativ. Dennoch vermitteln sie einen Einblick in die Probleme der Unternehmen und geben einen Eindruck von ihren Anpassungsstrategien. Probleme und Anpassungsverhalten der Bauwirtschaft unterscheiden sich von denen der Industrieunternehmen, vor allem schon deshalb, weil der räumliche Aktionsradius vieler Baufirmen begrenzt ist. Auch eine Reduzierung der Fertigungstiefe spielt aufgrund der spezifischen Produktionsbedingungen eine geringere Rolle, ebenso F+E-Anstrengungen oder Lizenzproduktionen.

Die Hälfte der antwortenden Unternehmen hat Schwierigkeiten, sich im Wettbewerb zu behaupten. Probleme bereiten die veralteten Anlagen; für drei Viertel der befragten Baufirmen ist dies sogar ein „großes Problem“. Entsprechend hoch ist die Bedeutung von Investitionen für die Sanierung. Allerdings hat die Mehrzahl der Firmen große Schwierigkeiten mit der Finanzierung.

Auch ein zu hoher Personalbestand stellt für die Mehrzahl der Unternehmen ein großes Problem dar. Ein Drittel der Unternehmen klagt hingegen, daß es schwer sei, qualifiziertes Personal zu bekommen. Die unzureichende Qualifikation der Mitarbeiter ist ein generelles Problem.

Auch in der Bauwirtschaft halten nur wenige Unternehmen ihr Leistungsspektrum für unzureichend. Die meisten Betriebe haben bereits mit umfangreichen Rationalisierungsmaßnahmen, insbesondere der Anschaffung neuer Anlagen begonnen. Knapp ein Drittel reagierte auf die veränderten Rahmenbedingungen mit einem verstärkten Bezug von Vorlieferungen von Unternehmen außerhalb der neuen Bundesländer. Knapp die Hälfte der Unternehmen hat inzwischen ihr Leistungsangebot gestrafft, ebensoviele haben ihr Angebot erweitert. Knapp ein Drittel der Firmen glaubt, bereits wettbewerbsfähig zu sein. Die übrigen halten sich grundsätzlich für sanierungsfähig. Der Zeitbedarf für die Sanierung wird deutlich geringer veranschlagt als in der Industrie.

### Dienstleistungssektor

Die wirtschaftliche Lage in den Dienstleistungsbereichen ist nach den bisher nur bruchstückhaft vorliegenden Informationen weiterhin sehr uneinheitlich: Während die

Tabelle 8

Erwerbstätige<sup>1)</sup> im Dienstleistungssektor in Ostdeutschland 1989 bis 1991  
in 1000

	1989		1990		1991	
	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	darunter 2. Vj.
Handel	844	836	798	691	580	550
Verkehr und Nachrichtenübermittlung davon:	678	676	666	626	555	530
Eisenbahnen	275	272	250	235	215	210
Schifffahrt, Wasserstraßen, Hafen	34	34	32	30	25	23
Postdienste	142	140	135	130	125	123
Sonstiger Verkehr	227	230	249	231	190	174
Sonstige Dienstleistungen darunter:	1 189	1 180	1 108	1 139	1 150	1 150
Kreditinstitute	38	38	40	50	55	.
Versicherungsunternehmen	12	12	13	19	22	.
Staat	1 750	1 715	1 713	1 620	1 617	1 567
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	187	187	180	162	143	138
Insgesamt darunter:	4 648	4 594	4 465	4 238	4 065	3 935
Dienstleistungsunternehmen	2 711	2 692	2 572	2 456	2 305	2 238

<sup>1)</sup> Im Inland (Arbeitsortkonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Schätzungen des DIW und des IfW.

wirtschaftliche Tätigkeit im Handel und im Verkehrsgewerbe im ersten Halbjahr 1991 nochmals zurückging oder bestenfalls stagnierte, nahm sie in anderen Dienstleistungsbereichen, beispielsweise in dem der Finanzdienstleistungen oder im Bereich der Freien Berufe, spürbar zu. Alles in allem ist die Dienstleistungsproduktion im ersten Halbjahr 1991 vermutlich kaum höher gewesen als im zweiten Halbjahr 1990.

Auch im Dienstleistungssektor vollzieht sich ein Umbruch der Angebotsstruktur: Aktivitäten, die stark zurückgehen, stehen solchen gegenüber, die rasch expandieren. Dies spiegelt sich in einer starken Fluktuation unter den Dienstleistungsunternehmen: Auf der Suche nach Marktchancen nehmen neue Unternehmen eine Tätigkeit auf, andere hingegen geben auf — darunter auch solche, die erst vor kurzem gegründet wurden. Allmählich bildet sich, wenn auch noch nicht durchgängig, die für den Dienstleistungssektor in einer Marktwirtschaft typische Struktur heraus, geprägt von vielen kleinen und mittleren Unternehmen.

Der Strukturwandel führt noch immer zu einem Arbeitsplatzabbau. Von einstmalig 2,7 Millionen Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor sind derzeit schätzungsweise noch 2 bis 2,2 Millionen vorhanden. Einen anhaltenden Arbeitsplatzabbau verzeichnen der Handel und das Ver-

kehrsgewerbe; bei den Sonstigen Dienstleistungen überwiegt inzwischen, wenn auch nur leicht, die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze (Tabelle 8).

Wenn die Expansion vieler Unternehmen im Dienstleistungssektor bisher gehemmt wurde, so hängt das in erster Linie mit der anhaltend schlechten gesamtwirtschaftlichen Lage in Ostdeutschland zusammen. Dienstleistungsunternehmen agieren vornehmlich auf lokalen Märkten; der Fernabsatz spielt in den meisten Bereichen keine große Rolle. So haben der Einzelhandel, das Gastgewerbe und das Dienstleistungshandwerk ihre Kundschaft überwiegend in der ortsansässigen Bevölkerung. Diese Bereiche können erst dann mit höheren Umsätzen rechnen, wenn die Realeinkommen deutlich zunehmen. Ähnliches gilt für Teile des Verkehrsgewerbes, die auf zunehmendes Transportaufkommen, und das heißt vor allem auf eine Erholung der Industrieproduktion, angewiesen sind.

Gleichwohl gibt es noch immer Schwachpunkte beim Dienstleistungsangebot. So ist die Attraktivität westdeutscher Einkaufszentren für die ostdeutsche Bevölkerung weiterhin groß: Schätzungsweise ein Viertel des Konsumbedarfs wird in den alten Bundesländern gedeckt. Das Warenortiment der Handelsunternehmen in den neuen Ländern ist vielfach noch unzureichend; zudem ist es oft überteuert, weil Geschäfte zwar privatisiert worden sind, Monopolstrukturen aber fortbestehen.

Der Mangel an geeigneten Gewerbeflächen und -räumen bleibt das größte Hindernis für die Anpassung der Unternehmen an die Erfordernisse der Marktwirtschaft. In diesem Zusammenhang sind die Unsicherheiten bei der Regelung eigentumsrechtlicher Fragen zu nennen. Nach Befragungen von Handels-, Handwerks- und anderen Dienstleistungsunternehmen rangiert dieses Hemmnis weit vor anderen — etwa Mängel bei der wirtschaftsnahen Infrastruktur oder Schwierigkeiten im Umgang mit der kommunalen Verwaltung.

## Handel

Im Handel sind die Anpassungsprozesse unterschiedlich weit fortgeschritten:

- Im Einzelhandel ist die Privatisierung der ehemaligen HO-Betriebe praktisch abgeschlossen, die Reorganisation der Konsumgenossenschaften dagegen noch nicht. Richtung und Tempo des Strukturwandels werden maßgeblich von den Aktivitäten westdeutscher Handelsunternehmen bestimmt. Dabei gewinnt die Errichtung neuer Verkaufsstützpunkte gegenüber der Nutzung der vorhandenen Ladengeschäfte immer mehr an Bedeutung. Dies ist die Reaktion auf die insgesamt zu geringen Verkaufsflächen im bestehenden Ladennetz.
- Im Groß- und Außenhandel kommt die Privatisierung bzw. die Abwicklung staatlicher Betriebe nur langsam voran. Westdeutsche Firmen ziehen es vor, wegen des schlechten baulichen Zustands und der beschränkten Nutzungsmöglichkeiten der alten Betriebe in neue Kapazitäten auf der „grünen Wiese“ zu investieren.

Erst allmählich nähert sich das Bild der Handelslandschaft in den neuen Bundesländern dem in den alten Ländern an.

### Einzelhandel

Der Einzelhandel in den neuen Bundesländern ist inzwischen fast vollständig in privater oder genossenschaftlicher Hand. Ende Juli 1991 hat die Gesellschaft zur Privatisierung des Handels (GPH) ihre Arbeit offiziell beendet. Von den 14 700 Ladengeschäften der ehemaligen HO, die die Gesellschaft im Oktober 1990 übernommen hat — ein Teil wurde bereits vor der Gründung der GPH an Private veräußert — wurden nach Angaben der Treuhandanstalt 9 200 privatisiert. 5 500 Läden konnten nicht verkauft werden, darunter 1 000 Läden mangels Kaufinteresses und 4 500 Läden, weil keine Mietverträge zustande kamen, denn ein Großteil der nicht verkauften Ladenlokale wurde von den Hauseigentümern an andere Interessenten verpachtet. Das Restvermögen der ehemaligen HO-Geschäfte wurde zum 1. Juli 1991 auf drei zu diesem Zweck neugegründete Tochtergesellschaften der Treuhandanstalt übertragen<sup>7</sup>. Der Wert der in diesen Gesellschaften

verbliebenen Objekte wird von der Treuhandanstalt auf etwa 3 Mrd. DM veranschlagt, während die Privatisierung der Einzelhandelsgeschäfte und Gaststätten nur 340 Mio. DM erbrachte. Offenbar sind aber nicht alle „nicht vermittelbaren Objekte“ liquidiert worden, denn für dieses Jahr rechnet die Treuhandanstalt noch mit erheblichen Aufwendungen zur Deckung laufender Verluste.

Die Konsumgenossenschaften, die nach der HO zweitgrößte Anbietergruppe im Einzelhandel der DDR, konnten sich einer Entflechtung widersetzen. Sie stecken noch mitten in der Umstrukturierung und tun sich dabei sehr schwer. Nach Schätzungen der Forschungsstelle für den Handel (FfH), Berlin, haben die Konsumgenossenschaften einen Umsatzrückgang von 50 bis 60 vH zu verzeichnen. Obwohl viele Verkaufsstellen geschlossen wurden und obwohl im starken Maße Personal abgebaut wurde — die Anzahl der Geschäfte und die der Mitarbeiter wurde bisher um mehr als die Hälfte reduziert —, werden hohe Verluste, schätzungsweise 3 vH vom Umsatz, erwirtschaftet. Ein weiterer Schrumpfungs- und Konzentrationsprozeß ist damit vorgezeichnet.

Die FfH hat die Gründe für die schwierige Lage der Konsumgenossenschaften analysiert. Danach wird das Betriebsergebnis vor allem durch folgende Faktoren belastet:

- Die Mitarbeiterzahl ist, bezogen auf den Umsatz und die Verkaufsfläche, nach wie vor zu hoch.
- Das Investitionsvolumen ist zu gering. Notwendige Investitionen werden unter anderem deshalb erschwert, weil die den Konsumgenossenschaften gehörenden Gebäude auf Grundstücken stehen, die nach den Regelungen des Einigungsvertrages dem Bund gehören und somit nicht voll beleihbar sind.
- Die Struktur des Verkaufsstellennetzes, die durch eine Vielzahl kleiner, oft in ländlichen Gegenden angesiedelter Läden geprägt ist, entspricht nur eingeschränkt den Anforderungen des Wettbewerbs.
- Die „Einkaufsmacht“ der einzelnen Genossenschaften ist gering, die Einkaufskonditionen, die ihnen vom Großhandel gewährt werden, sind entsprechend schlecht. Dies ist auch eine Folge der Abspaltung der genossenschaftlichen Großhandelsunternehmen. Bei deren Privatisierung wurden die Konsumgenossenschaften von der Treuhandanstalt nicht berücksichtigt.
- Das Management ist der Situation nicht hinreichend gewachsen. So wurden in den ersten Monaten nach der „Wende“ beträchtliche Fehleinkäufe getätigt. Schwer verkäufliche Bestände binden nun Liquidität und Lagerkapazität.

<sup>7</sup> Die Exo GmbH erhielt alle betriebsnotwendigen Immobilien, die die GPH lediglich vermietet hatte (etwa 4 300 Objekte), die Reho GmbH alle nicht betriebsnotwendigen Immobilien (etwa 1 400 Objekte) und die Duho GmbH das restliche Vermögen (Warenbestände, Ladeneinrichtungen und „nicht vermittelbare Objekte“).

— Der Mitgliederschwund bei den einzelnen Genossenschaften hält an; hohe Geschäftsverluste machen die Zahlung einer Rückvergütung unmöglich.

Vor diesem Hintergrund sieht die Zukunft vieler Genossenschaften düster aus. Es ist zu erwarten, daß von den zur Zeit noch bestehenden 54 Einzelgenossenschaften (vor der „Wende“ waren es 198) die meisten dem Wettbewerbsdruck nicht standhalten können. Eine Chance dürften sie nur dann haben, wenn es ihnen gelingt, sich zusammenzuschließen und wenigstens gemeinsame Einkaufsorganisationen zu bilden.

Die Strukturanpassungen im ostdeutschen Einzelhandel werden schließlich auch durch die weiterhin unbefriedigende Absatzlage erschwert. Nach vorläufigen Ergebnissen der amtlichen Statistik blieb der Einzelhandelsumsatz in den neuen Bundesländern im ersten Quartal 1991 deutlich hinter dem im dritten und im vierten Vorjahresquartal zurück. Wie eine Umfrage der FfH ergab, verbesserte sich die Situation bisher nicht.

Auch für die kommenden Monate rechnen die Unternehmen mit keiner durchgreifenden Änderung. Dennoch, und das ist bemerkenswert, schreibt der überwiegende Teil der befragten Einzelhändler schwarze Zahlen und tätigt umfangreiche Investitionen in die Neugestaltung der Geschäftslokale. Es sieht so aus, als ob jene Einzelhändler, die sich an Einkaufsketten angeschlossen haben, besser dastehen als solche, die den Einkauf eigenständig betreiben.

Nach wie vor überwiegt im ostdeutschen Einzelhandel der Personalabbau. Allein von September 1990 bis März 1991 ist nach Angaben des Statistischen Bundesamts ein knappes Drittel der Beschäftigten ausgeschieden. Derzeit dürften von den einstmals 600 000 Arbeitsplätzen nicht viel mehr als 350 000 vorhanden sein. Von den ehemals 280 000 Mitarbeitern der staatlichen HO werden noch etwa 120 000 in den privatisierten Betrieben weiterbeschäftigt. 100 000 Mitarbeiter wurden entlassen und über einen Sozialplan abgefunden, 60 000 kündigten selbst oder gingen in den Ruhestand. Bei den Konsumgenossenschaften werden derzeit noch ungefähr 100 000 der ursprünglich 210 000 Mitarbeiter beschäftigt. Nicht bekannt ist, wie groß die Anzahl der Arbeitsplätze in anderen Einzelhandelsbetrieben ist, vor allem in denen, die neu gegründet wurden. Nach der Statistik der Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen zu urteilen, müßten das reichlich 100 000 Arbeitsplätze sein.

### *Groß- und Außenhandel*

Von den 136 Nachfolgegesellschaften der Betriebe des ehemals staatlichen Großhandels wurde bisher nur ein kleiner Teil privatisiert (etwa 10 vH der Lagerkapazität). Dabei wurde die Weiterbeschäftigung von rund 12 000 Mitarbeitern in den Verträgen mit der Treuhandanstalt festge-

schrieben. Bei den nicht privatisierten Betrieben gibt es noch etwa 58 000 Beschäftigte. Derzeit laufen Verhandlungen über den Verkauf weiterer Betriebe. Die Verkäufe gestalten sich jedoch recht schwierig. Zwar gibt es kaum Probleme mit der Eigentumsübertragung, da Grund und Boden in der Regel im Eigentum der Großhandelsunternehmen sind. Aber der bauliche Zustand der Lagergebäude ist im allgemeinen sehr schlecht. Zudem sind die meisten Gebäude recht klein — mitunter handelt es sich nur um Schuppen und Scheunen — und über mehrere Orte verteilt. Nach Einschätzung der FfH ist davon auszugehen, daß maximal ein Drittel der Betriebe verkauft werden kann. Bis Ende des Jahres sollen, den Planungen der Treuhandanstalt zufolge, die Privatisierungsmaßnahmen abgeschlossen sein. Wie im Einzelhandel sollen dann alle bis dahin nicht veräußerten Grundstücke, Gebäude, Geschäftseinrichtungen und Warenbestände auf separate Verwaltungsgesellschaften übertragen werden.

Von den einstmals 45 staatlichen Außenhandelsbetrieben können voraussichtlich nur 15 vollständig oder teilweise privatisiert werden; zehn Betriebe befinden sich zur Zeit in Liquidation. 5 000 der früher 12 000 Arbeitnehmer des staatlichen Außenhandels sind in den derzeit noch bestehenden Betrieben beschäftigt. Vermutlich werden nach Abschluß der Privatisierung nur noch etwa 1 000 Arbeitnehmer in den privatisierten Unternehmen tätig sein können.

### Gastgewerbe

Im Gastgewerbe ist die Privatisierung — bis auf den Hotelbereich — abgeschlossen worden. Von den 4 300 Gaststätten, die die GPH im Oktober 1990 übernahm, konnte sie bis Ende Juli rund 2 300 verkaufen. Die anderen Gaststätten mußten geschlossen werden — darunter etwa 1 500, weil kein Mietvertrag zustande kam, und etwa 500, weil sich kein Käufer fand. Ähnlich wie bei den Ladengeschäften wurde ein Teil der Geschäftslokale von den Hauseigentümern an Dritte weitervermietet. Die Veräußerung der 360 von der GPH übernommenen Hotels gestaltet sich wegen ungeklärter Eigentumsfragen langwierig. Etwa 200 Objekte konnten aufgrund bestehender Restitutionsansprüche noch nicht privatisiert werden. Bis zur endgültigen Klärung der Eigentumsfragen bietet die GPH den Interessenten Pachtverträge an. Da für den Weiterbetrieb meistens umfangreiche Investitionen notwendig sind, ist es nicht leicht, für die Übergangszeit einen Pächter zu finden. Die 35 Großhotels der ehemaligen Interhotel AG, bei denen Restitutionsansprüche praktisch keine Rolle spielen, sind zum Verkauf ausgeschrieben. Die Treuhandanstalt rechnet damit, daß ihre Privatisierung bis zum Ende dieses Jahres abgeschlossen sein wird. Gleiches gilt für die 35 Travel-Hotels des ehemaligen Reisebüros der DDR. Allerdings verzögern in Einzelfällen hier — anders als bei den Hotels der Interhotel AG — ungeklärte Eigentumsverhältnisse die Privatisierung. Von den rund 700 FDGB-Heimen wurden

bisher gut zwei Drittel von den Kommunen übernommen, die sie zum Teil weiterverpachtet haben. Die Privatisierung der etwa 1 800 Ferienheime der ehemals volkseigenen Betriebe steckt hingegen erst in den Anfängen. Sie wird sich, vor allem wegen offener Vermögensfragen, bis in das kommende Jahr hinein ziehen.

Wie im Einzelhandel schlägt sich auch im Gastgewerbe die Zurückhaltung der Verbraucher im Umsatz nieder. Amtliche Angaben hierüber liegen bisher nicht vor. Nach Befragung einer Reihe von Betrieben durch die FfH blieb der Umsatz von Gaststätten und Hotels insgesamt gesehen auch in den Sommermonaten weit hinter den Erwartungen zurück. Im einzelnen ergibt sich aber ein gespaltenes Bild: In manchen größeren Städten sowie in traditionellen Touristengebieten, insbesondere an der Ostseeküste, wurden zufriedenstellende Kapazitätsauslastungen erreicht, im Juli und im August waren die Kapazitäten sogar ausgebucht. Auch in den größeren Städten war die Auslastung von Hotels und Gaststätten auch als Folge des regen Geschäftsverkehrs sehr hoch. Die Struktur des Tourismus scheint sich grundlegend zu ändern: Die Langzeitaufenthalte nehmen stark ab, die Tagesausflüge nehmen stark zu.

### Verkehrsgewerbe

Auch das ostdeutsche Verkehrsgewerbe steht unter starkem Anpassungsdruck: Insgesamt schrumpft das Transportaufkommen, und es ändert sich seine Zusammensetzung; zudem verlagert es sich immer mehr von der Schiene auf die Straße. Die Anforderungen der Kunden steigen: So erwarten die verladenden Unternehmen von „ihrem“ Verkehrsträger sowohl Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit als auch „maßgeschneiderte Lösungen“ für ihre Probleme — was in der DDR nicht selbstverständlich war. Vor allem aber: Das ostdeutsche Verkehrsgewerbe sieht sich nun in Teilbereichen der Konkurrenz leistungsstarker Anbieter aus dem Westen gegenüber.

Es ist bisher nicht viel darüber bekannt, wie das ostdeutsche Verkehrsgewerbe mit diesen Aufgaben fertig wird. Aussagefähige Statistiken fehlen. Recherchen bei einigen großen Unternehmen und Wirtschaftsverbänden haben nicht ausgereicht, um die Wissenslücken zu schließen. Zu den „weißen Flecken“ gehören vor allem der private Straßengüterverkehr und der öffentliche Personennahverkehr.

### Güterverkehr

Im Güterverkehrsgewerbe setzt sich die rückläufige Entwicklung fort. Die Eisenbahn kann den Rückgang des Transportaufkommens sehr viel weniger kompensieren als der Straßengüterverkehr, der auch Aufträge westdeutscher Firmen zu akquirieren vermag. Im ersten Quartal 1991 war die Gütertransportmenge bei der Deutschen Reichsbahn

um rund 55 vH niedriger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (Schaubild 4). Hierin spiegelt sich, neben der Verlagerung des Transportaufkommens von der Schiene auf die Straße, vor allem der starke Rückgang der ostdeutschen Produktion in Industrie und Bergbau. Besonders zu schaffen macht der Bahn das Schrumpfen des Transportaufkommens bei Massengütern, insbesondere bei Chemieprodukten und Braunkohle. Das Stückgutaufkommen ist hingegen stark steigend; dies ist größtenteils auf die Zunahme des Versandhandels aus Westdeutschland zurückzuführen. Im Stückgutverkehr kam es im Frühjahr sogar zu erheblichen Engpässen, die die Reichsbahn inzwischen jedoch durch den Ausbau der Verladekapazitäten weitgehend beseitigt hat.

Über die Entwicklung des Transportaufkommens im Straßengüterverkehr liegen derzeit keine verlässlichen Angaben vor. Er hat aber sicherlich stark zugenommen, vor allem in West-Ost-Richtung. Dennoch bleibt die Auftragslage ostdeutscher Fuhrunternehmen kritisch. Es sieht so aus, als ob sie versuchen, ihre Auftragslage durch verstärkte Akquisitionsbemühungen in Westdeutschland zu verbessern. Viele von ihnen haben Nachauftragsnehmerverträge mit westdeutschen Fuhrunternehmen abgeschlossen. Die Margen, die dabei an die westdeutschen Unternehmen gezahlt werden — man spricht von durchschnittlich 10 vH — deuten darauf hin, daß es noch Schwierigkeiten beim Aufbau eines eigenen Kundenstamms gibt.

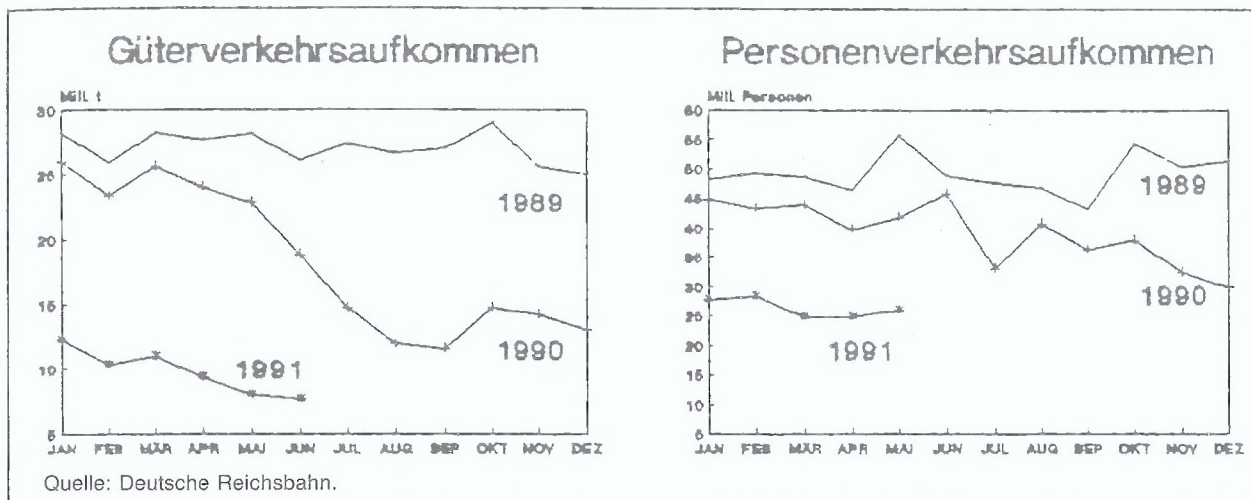
Seit Öffnung der Grenzen ist eine Verlagerung der Güterströme zu beobachten: Während sie sich früher hauptsächlich längs einer Nord-Süd-Achse bewegten, dominieren heute Transporte längs der West-Ost-Achse. Der Straßengüterverkehr kann auf eine solche Richtungsänderung flexibler reagieren als der Eisenbahnverkehr. Dies verschafft ihm derzeit einen Konkurrenzvorteil. Ob die Reichsbahn das verlorene Terrain zurückgewinnen kann, hängt entscheidend davon ab, wie schnell es ihr gelingt, attraktive West-Ost-Verbindungen anzubieten.

### Personenverkehr

Der öffentliche Personenverkehr entwickelt sich — gemessen an den Fahrgastzahlen — weiterhin rückläufig. Bei der Deutschen Reichsbahn war das Personentransportaufkommen im ersten Quartal 1991 um fast 40 vH niedriger als im Jahr zuvor. Ausschlaggebend hierfür waren vor allem der starke Rückgang der Beschäftigung und der starke Anstieg des Individualverkehrs. Will die Reichsbahn gegenüber dem Individualverkehr wieder konkurrenzfähig werden, muß sie grundlegend saniert werden. Wie das geschehen kann, ist eine offene Frage. Die Reichsbahn hat zwar die Modernisierung des Streckennetzes mit Hilfe von Bundesmitteln in Angriff genommen — hierfür hat sie 4,2 Mrd. DM erhalten — weitergehende Maßnahmen zur Sanierung, wie etwa eine Privatisierung des Streckennetzes und die Zulassung privater Betreibergesellschaften, werden aber offensichtlich nicht erwogen.

Schaubild 4

Verkehrsaufkommen der Deutschen Reichsbahn  
1989 bis 1991



Ungewiß ist die Zukunft der kommunalen Verkehrsbetriebe in Ostdeutschland. Es gibt große Probleme bei der Übereignung der Betriebe an die Kommunen — erst knapp 15 vH der ehemals staatlichen Nahverkehrsbetriebe waren Ende Juni in kommunalem Besitz. Die schleppende Übereignung hat vor allem zwei Gründe: Zum einen gestaltet sich die Entflechtung der großen Kraftverkehrskombinate, die nicht nur im Personenverkehr, sondern auch im Güterverkehr tätig waren, unerwartet schwierig. Zum anderen sind auch einzelne Nahverkehrsbetriebe oft so groß, daß sich mehrere Gemeinden oder Kreise über ihren Betrieb verständigen müssen: So muß Einigkeit über die Art der Trägerschaft, den Umfang der Streckennetze, über die Linienführung und über die Fahrtenhäufigkeit erzielt werden. Ein weiterer Grund dürfte sein, daß die kommunalen Verkehrsbetriebe in der Regel defizitär sind. Viele Kommunen haben es schon deswegen mit einer Übernahme nicht eilig. Investitionen zur Verbesserung des Verkehrsangebots werden daher wohl nicht so bald in Angriff genommen werden.

In der Mietwagenbranche, die im letzten Jahr noch einen Gründungsboom verzeichnete, herrscht heute ein scharfer Verdrängungswettbewerb, obwohl die Taxidichte bei weitem noch nicht das westdeutsche Niveau erreicht hat. Die Existenz des für Ostdeutschland typischen Einmann-Betriebs ist derzeit nur mit einem 12- bis 15stündigen Tageseinsatz zu sichern.

### Dienstleistungshandwerk

Das ostdeutsche Handwerk gehört zu den wenigen Wirtschaftszweigen, die — im ganzen gesehen — inzwischen kräftig expandieren. Der Umsatz, der im letzten Jahr schätz-

ungsweise 35 Mrd. DM erreichte, dürfte in diesem Jahr den Betrag von 40 Mrd. DM übersteigen; dabei spielt freilich auch die starke Verteuerung der Handwerksleistungen eine Rolle. Die Zahl der Beschäftigten (einschließlich Lehrlinge) hat von etwa 450 000 vor der Wende auf schätzungsweise 560 000 Mitte dieses Jahres zugenommen. In dieses Bild paßt auch, daß seit Ende 1989 mehr als 20 000 Handwerksbetriebe hinzugekommen sind (Tabelle 9).

Die wirtschaftliche Lage des ostdeutschen Handwerks ist jedoch sehr uneinheitlich — große Unterschiede bestehen sowohl zwischen Regionen und Branchen als auch innerhalb der Branchen zwischen alten und neugegründeten Betrieben. Die branchenmäßigen Unterschiede sind am deutlichsten ausgeprägt: Neben florierenden Handwerkszweigen wie dem Elektro- und dem Kraftfahrzeughandwerk finden sich auch solche, in denen die Betriebe um ihr Überleben kämpfen. Dies betrifft vor allem traditionelle Handwerke wie die der Sattler, Polsterer, Schuster, Schneider, Keramiker, Korbmacher oder Schirmmacher, die ihre Existenzgrundlage in den Mangelerscheinungen und in der Preisstruktur der sozialistischen Planwirtschaft hatten. Viele private Handwerker bekamen früher einen Großteil ihrer Aufträge von den zentralen Dienstleistungsbetrieben, die ein weitverzweigtes Annahmestellennetz unterhielten. Die Handwerker profitierten dabei vom kostenlosen Transport zwischen ihrem Betrieb und den Annahmestellen. Nach der Auflösung der zentralen Dienstleistungsbetriebe müssen die Handwerksbetriebe nun selbständig alle die mit Beschaffung und Absatz zusammenhängenden Aufgaben erfüllen.

Eine Umfrage des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung im Zeitraum von April bis Mai 1991 bei 450 ostdeutschen Handwerksbetrieben mit überwiegenderem

Tabelle 9

Zur Entwicklung des Handwerks in Ostdeutschland  
Ende 1989 bis Mitte 1991

	Betriebe <sup>1)</sup>	Beschäftigte <sup>2)</sup>	Ausbildungsverhältnisse	Nachrichtlich: Jahresumsatz (Mrd. DM)
	1 000			
Ende 1989	83 <sup>2)</sup>	426 <sup>4)</sup>	14 <sup>2)</sup>	22,6
	3 <sup>3)</sup>		11 <sup>3)</sup>	
Ende 1990	110	515 <sup>5)</sup>	32	35,0
Mitte 1991 <sup>6)</sup>	115	560 <sup>5)</sup>	.	.

1) Einschließlich handwerksähnlicher Betriebe. — 2) Private Handwerksbetriebe. — 3) Produktionsgenossenschaften. — 4) Ohne Lehrlinge. — 5) Einschließlich Lehrlinge. — 6) Alle Angaben geschätzt.  
Quelle: Zentralverband des Deutschen Handwerks.

Dienstleistungsprofil<sup>8</sup> vermittelte noch den Eindruck, daß die Mehrzahl der Betriebe mit der aktuellen Geschäftslage unzufrieden war und erst für das kommende Jahr mit einer Besserung rechnete. Zwar meinten 80 vH der befragten Betriebe, daß ihr Leistungsangebot schon jetzt oder in Kürze konkurrenzfähig sei — trotzdem schätzten 63 vH die weitere Umsatzentwicklung für 1991 skeptisch ein. Das Niveau der für das kommende Jahr ins Auge gefaßten Investitionen lag deutlich — reichlich ein Viertel — unter den Ausgaben für das laufende Jahr.

In einer anderen, im Juni durchgeführten Umfrage bei 220 Handwerksbetrieben mit überwiegendem Dienstleistungsprofil im Bezirk der Handwerkskammer Halle<sup>9</sup> kam eine deutlich günstigere Einschätzung der aktuellen Geschäftslage und der künftigen Entwicklung zum Ausdruck. Anscheinend ist es um die Jahresmitte zu einem Stimmungsumschwung gekommen, der allem Anschein nach durch den starken Auftragsschub im Baugewerbe sowie in vor- und nachgelagerten Bereichen ausgelöst worden ist. Von einer positiven Entwicklung berichteten vor allem das Elektrohandwerk und das Kfz-Handwerk, während andere Handwerke wie Sattler und Polsterer, Schuhmacher, Schneider und Uhrmacher die Auftragslage als unverändert schlecht ansahen.

Im einzelnen ergab die Befragung:

- Der Umsatz war im zweiten Quartal zwar nur bei 24 vH der Betriebe höher als im ersten Quartal — bei 44 vH war er ebenso hoch —, gleichwohl wurde die aktuelle Geschäftslage von 52 vH der Betriebe als befriedigend und von 26 vH als gut bezeichnet;
- die Zahl der Beschäftigten hatte sich bei 70 vH der Betriebe nicht verändert, bei 13 vH war sie gestiegen;
- das Investitionsvolumen erreichte bei 37 vH der Betriebe das gleiche und bei 42 vH sogar ein höheres Niveau.

Gemäß einer Umfrage bei rund 1 000 Handwerksbetrieben im Kammerbezirk Magdeburg, die ungefähr zum gleichen Zeitpunkt durchgeführt wurde, verzeichneten die Betriebe sogar mehrheitlich eine Verbesserung der Auftragslage sowie positive Erwartungen für die kommenden Monate.

Allerdings: Das ostdeutsche Handwerk, ganz gleich inwieweit es vom Strukturwandel begünstigt oder benachteiligt wird, muß sich in den nächsten Jahren grundlegend erneuern. In vielen Betrieben müssen neue Maschinen und Fahrzeuge angeschafft, die Werkstätten umgestaltet und erweitert und nicht selten auch an andere Orte verlegt werden. Schließlich muß das Personal nachqualifiziert, zuweilen auch die Anzahl der Beschäftigten reduziert werden.

Bei der Erneuerung der Betriebe sind zahlreiche Hindernisse zu überwinden. Aus Befragungen von ostdeutschen Handwerkskammern und Handwerksbetrieben schälen sich vier Problembereiche heraus.

- Mangel an Gewerbeflächen und -räumen: Viele Handwerksbetriebe sehen sich gezwungen, die bisher genutzten Räumlichkeiten aufzugeben — sei es, weil die Eigentümer die Räume anderweitig nutzen wollen, sei es, weil die geforderte Miete zu hoch ist. Wegen der Knappheit an Gewerberaum — hier spielen auch die ungeklärten Eigentumsverhältnisse eine wichtige Rolle — fällt es schwer, Ersatz zu finden.

<sup>8</sup> Befragt wurden Elektroinstallateure, Kfz-Mechaniker, Schuhmacher, Friseure, Augenoptiker und Gebäudereiniger in allen neuen Bundesländern, einschließlich Berlin-Ost.

<sup>9</sup> Die Angaben stützen sich auf die zweite, im Juni 1991 durchgeführte Konjunkturumfrage der Handwerkskammer Halle. Gesondert wurden die Antworten folgender Handwerkszweige ausgewertet: Elektroinstallateure, Kfz-Mechaniker, Sattler/Polsterer, Friseure, Schuhmacher, Damen- und Herrenschneider, Uhrmacher, Optiker sowie Fotografen.

- Mangel an Fachkräften: Viele Handwerksbetriebe, vor allem im Baugewerbe und in den baunahen Bereichen tun sich schwer, geeignete Mitarbeiter anzuwerben. Nach einer Umfrage des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks können zur Zeit 30 000 bis 40 000 offene Stellen in Handwerksberufen, vor allem in den Großstädten, nicht besetzt werden. Der Arbeitskräftemangel resultiert teils aus dem unzureichenden Ausbildungsstand von Arbeitssuchenden, teils hängt er mit der anhaltenden Abwanderung qualifizierterer Kräfte in den Westen zusammen.
- Mangel an Finanzmitteln: Viele Handwerksbetriebe haben Schwierigkeiten, Bankkredite zu bekommen, weil sie nicht über Sicherheiten verfügen. Zwar stehen öffentliche Hilfen zur Verfügung, aber hier gibt es einen regelrechten „Dschungel“ von bis zu 700 verschiedenen Fördermaßnahmen, in dem es schwierig ist, sich zurechtzufinden.

Immer mehr Handwerksbetriebe in Ostdeutschland fühlen sich von der Ausweitung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen benachteiligt. Die Kommunen gehen offenbar immer mehr dazu über, Arbeiten, die sie normalerweise an ortsansässige Handwerker vergeben, in eigener Regie zu erledigen. Dies läßt die grundsätzliche Problematik von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen deutlich werden.

Anders als in den alten Bundesländern wird es den Handwerkern in den neuen Ländern durch eine großzügige Anwendung des § 8 der Handwerksverordnung erleichtert, sich selbständig zu machen. Nach dieser Vorschrift kann im Wege einer Ausnahmegewilligung in die Handwerksrolle eingetragen werden, wem die Ablegung der Meisterprüfung nicht zugemutet werden kann, sofern er die notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten nachweist. Es sind vor allem die sogenannten Meister der volkseigenen Industrie (VE-Meister), die diese Möglichkeit nutzen. Die Praxis der großzügigen Gewährung von Ausnahmegewilligungen sollte beibehalten werden.

### Kommunale Verwaltung

Ein schwerwiegendes Hemmnis für die wirtschaftliche Erneuerung in Ostdeutschland war bisher der Zustand der öffentlichen Verwaltung. Inzwischen ist der Neuaufbau der Verwaltungsstrukturen gut vorangekommen. Dies ist jedenfalls der Eindruck aus einer schriftlichen und mündlichen Befragung staatlicher Stellen auf Gemeinde-, Kreis- und Landesebene, die das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung, Berlin und das Institut für Weltwirtschaft, Kiel durchgeführt haben. Auf allen Verwaltungsebenen gab es eine beträchtliche Personalrotation, die im Ergebnis zu einer Aufstockung des Personals geführt haben dürfte. In den befragten Städten und Gemeinden trennte man sich von etwa 40 vH der alten Mitarbeiter, doch wurde dies durch die Einstellung neuer Mitarbeiter mehr als ausgeglichen. Die Anzahl der Planstellen wird von den

befragten Kommunen als ausreichend angesehen — die Stellenpläne sind deutlich besser als in vergleichbaren westdeutschen Kommunen. Nur zwei Fünftel der Befragten meinten, daß sie rasch eine stellenplangerechte Besetzung erreichen können: Nach wie vor fehlen Fachkräfte. Anfängliche Hoffnungen, daß viele der in die „Warteschleife“ versetzten Mitarbeiter an Fortbildungskursen teilnehmen würden, haben sich nicht erfüllt. Es ist deshalb zur Regel geworden, daß Stellenbewerber trotz unzureichender Vorkenntnisse eingestellt und erst im nachhinein in Qualifizierungslehrgänge geschickt werden. Anfangs wurden größtenteils „Intensiv-Kurse“ zu einzelnen Schwerpunktthemen durchgeführt, in zwischen gewinnen breit angelegte Aufbaulehrgänge, die mit ordentlichen Verwaltungsabschlüssen enden, an Bedeutung. Auch wenn ein Teil der Qualifizierungsmaßnahmen nach Dienstschluß und an Wochenenden stattfindet, wird die Verwaltungsarbeit noch einige Zeit durch Qualifizierungsdefizite behindert werden.

Die Gespräche vermittelten den Eindruck, daß die ostdeutschen Kommunen nunmehr systematisch an die Lösung der Verwaltungsaufgaben herangehen: So werden vielerorts Flächennutzungspläne erstellt und insbesondere Gewerbegebiete ausgewiesen.

Die Kommunen spielen eine wichtige Rolle für die Investitionstätigkeit. Sie sind selbst ein wichtiger Investor, und sie entscheiden maßgeblich über die Investitionen Privater. Bei den meisten der befragten Kommunen wurde ein Großteil der Aufträge für Investitionen, die im Jahre 1991 getätigt werden sollen, im zweiten Quartal vergeben. Neun Zehntel der Aufträge gingen in der Regel an ostdeutsche Unternehmen. Während Baumaßnahmen wie der Umbau und die Renovierung öffentlicher Gebäude mittlerweile zügig vorankommen, wird nach Abschluß der Planungsphase häufig erst jetzt mit der Erschließung von Gewerbegebieten und dem Verkauf von Gewerbeflächen begonnen; einzelne Gemeinden jedoch bieten Gewerbeflächen auch schon zum Kauf an. Vielerorts wurde die Erfahrung gemacht, daß es mit der Ausweisung von Gewerbegebieten allein nicht getan ist. Häufig gibt es Probleme, wenn sich herausstellt, daß die Erschließung einen unerwartet hohen Aufwand für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zur Folge hat. Es sieht so aus, daß die Bedeutung einer wohl durchdachten Gewerbeansiedlungspolitik inzwischen erkannt worden ist. In vielen Kreisen gibt es schon Wirtschaftsförderungsgesellschaften oder ihre Gründung wird vorbereitet; manche Kreise, so zum Beispiel Wismar und Schwerin, kooperieren auch miteinander.

Nach übereinstimmender Aussage der Kommunen kommt die Kommunalisierung von Betrieben und Immobilien (Artikel 21 und 22 Einigungsvertrag und § 1 Treuhandgesetz) nur schleppend in Gang. Erst ein Bruchteil der beantragten Objekte ist den Kommunen bisher übertragen worden. Die Folgen sind in vielen Fällen Verzögerungen bei der Wahrnehmung kommunaler Aufgaben im Rahmen der Privatisierung sowie bei der Erschließung von Gewer-

beflächen. Die Gespräche mit Kommunen und mit der Treuhandanstalt ergaben, daß vor allem folgende Gründe für diese Entwicklung ausschlaggebend sind:

- Das Vermögenszuordnungsgesetz ist vom Gesetzgeber im Frühjahr dieses Jahres erlassen worden. Damit wurde der Treuhandanstalt erst sehr spät eine zuverlässige Entscheidungsgrundlage an die Hand gegeben.
- Das Bundesvermögensamt, das über die dem Bund zugefallenen Grundstücke und Immobilien entscheidet<sup>10</sup>, kommt mit der Bearbeitung der von den Kommunen eingereichten Anträge anscheinend nur sehr langsam voran.
- Die Antragstellung der Kommunen gestaltet sich schwierig: So berichtete die Treuhandanstalt, daß anfänglich viele Kommunen die Anträge falsch gestellt haben. Die Kommunen wiederum gaben an, daß diese Schwierigkeiten von der Gestaltung der Formulare und Arbeitsanleitungen herrühren, die sie von der Treuhandanstalt erhalten haben.
- Zum Teil erschweren nach wie vor die fehlerhaften oder gar unvollständigen Eintragungen in den Grundbüchern sowie nicht fortgeführte Katasterblätter die Arbeit der Grundbuchämter; außerdem fehlt es ihnen an Arbeitskräften.

Viele Kommunen verlangen ein stärkeres Mitspracherecht bei den Verkaufsentscheidungen der Treuhandanstalt, weil sie ihre Planungshoheit gefährdet sehen.

Die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden bleibt, den Ergebnissen der Umfrage zufolge, kritisch. Rund 60 vH der Kommunen meinten, ihre Aufgaben nur „mit Abstrichen“ erfüllen zu können, die übrigen sogar, daß sie sie „nicht ordnungsgemäß“ erfüllen könnten. Auch wenn solche Aussagen sicherlich relativiert werden müssen — welche Kommune gibt schon zu, über ausreichend Geld zu verfügen —, so machen sie doch auf ein Grundproblem aufmerksam: Den Städten und Gemeinden in Ostdeutschland sind Aufgaben zugefallen, die die Kommunen in Westdeutschland nicht oder nicht im gleichen Umfang zu erfüllen haben. So ergab die Umfrage, daß sich die ostdeutschen Städte und Gemeinden insbesondere mit der Finanzierung von Kinderkrippen überfordert fühlen. Immer wieder wurde auch darauf hingewiesen, daß man bei der Aufstellung des Haushaltsplans an die für westdeutsche Städte gleicher Größenklasse geltenden Vorgaben gebunden ist, obwohl einzelne Landesregierungen die Kommunen zur Übernahme sämtlicher Kindertagesstätten verpflichtet haben — eine Verpflichtung, die westdeutsche Kommunen nicht haben.

<sup>10</sup> Dabei handelt es sich im wesentlichen um die freiwerdenden Einrichtungen der Sowjetarmee sowie um Immobilien und um land- und forstwirtschaftliche Nutzflächen aus ehemaligem Reichsbesitz.

*Der nächste Wochenbericht erscheint am 10. Oktober 1991*

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33  
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

*Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland.*

Dritter Bericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel.  
Abgeschlossen in Kiel Mitte September 1991.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten